

VOLLES PROGRAMM NEUKÖLLN

**Wir wollen mehr -
gerecht
miteinander
grün**

**BEZIRKSWAHLPROGRAMM ZUR
BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG 2016**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

NEUKÖLLN



IMPRESSUM

Dieses Wahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung am 5. März 2016 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Neukölln ohne Gegenstimme beschlossen.

HERAUSGEBERIN:

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Str. 9
12043 Berlin

030-67120812 (tel)
030-67120811 (fax)

info@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de

Titelgestaltung:
dieckertschmidt GmbH
Layout:
Alejandra Borja, INTRANSITos

V.i.S.d.P.:
Rhea Niggemann
Berthelsdorfer Str. 9
12043 Berlin

Foto Johan Arne Thies: Dennis Jauernig
Foto André Schulze: Fotostudio Neukölln
Foto Meike Berg: Fotostudio Neukölln



INHALT

■	PRÄAMBEL.....	2
■	UNSERE GRÜNEN SCHLÜSSELPROJEKTE.....	4
1. ZUSAMMENLEBEN IN NEUKÖLLN – SOLIDARISCH UND BUNT.....		7
1.1. Wohnen und Leben im Bezirk – miteinander und bezahlbar.....		9
Mieten / Wohnen / Stadtentwicklung / Bürgerbeteiligung		
1.2. Ein modernes und zukunftsorientiertes Bezirksamt – gut ausgestattet und beteiligend		15
Verwaltung / Personal / Vergabe / Haushalt		
1.3. Gemeinsam leben in Neukölln – vielfältig und offen.....		21
Integration / Kultur / Geflüchtete / Kampf gegen rechts		
2. GRÜNES NEUKÖLLN – ÖKOLOGISCH UND GESUND.....		28
2.1. Gutes Klima und mehr Natur in Neukölln – Konzepte entwickeln und Bürger*innen beteiligen....		29
Klimaschutz / Grünflächen / Tempelhofer Feld / Bodenschutz		

2.2. Verkehr in Neukölln – vom Menschen aus denken32
Moderne Mobilität / Verkehrssicherheit / Umweltbelastungen

2.3. Gesundes Neukölln – Prävention und gute Versorgung in allen Lebenslagen36
Gesundheit / Sport / Ernährung / Drogen

3. NEUKÖLLN FÜR ALLE – CHANCEN SCHAFFEN, MÖGLICHKEITEN NUTZEN39

3.1. Wege ins Leben öffnen und Familien stärken – gute Bildung und soziale Absicherung41
Kinder / Jugend / Familie / Bildung

3.2. Grüner Wirtschaften und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt – solidarisch und kreativ49
Wirtschaft / Arbeit / Jobcenter

3.3. Frauen, Senior*innen und queeres Leben stärken – Schutzräume sichern und Freiräume schaffen53
Frauen / Queer / Senior*innen

■ UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV) ..58

PRÄAMBEL

Liebe Neuköllner*innen,

am 18. September 2016 bewerben wir Grüne uns bei den Wahlen zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung und hoffen auf Ihre Stimme und Unterstützung.

In den vergangenen Jahren hat sich unser Bezirk rasend schnell gewandelt. Dieser Wandel bringt nicht nur neue Herausforderungen mit sich, sondern bietet auch große Chancen. Mehr denn je steht Neukölln für Weltoffenheit, Vielfalt und Innovation. Wir freuen uns über die vielen Menschen, die zu uns kommen und das Bild des Bezirks verändern. Sie alle sind eine Bereicherung für ein buntes und lebendiges Miteinander.

Wir sind froh über eine starke Zivilgesellschaft, die sich in allen Kiezen engagiert: Neuköllner*innen heißen geflüchtete Menschen willkommen, stellen sich Nazis und rechtem Denken entgegen und treten ein für Milieuschutz und Fahrradstraßen, für mehr Bäume, mehr Grün und bessere Schulen. Sie alle wissen und beweisen jeden Tag, dass Neukölln viel mehr ist als ein sozialer Brennpunkt. Wir freuen uns darüber, dass sich immer mehr kleine Unternehmen ansiedeln, dass die queere Szene in Neukölln wächst und dass viele Menschen mit Migrationshintergrund den Bezirk mitgestalten.

Mit ihnen gemeinsam wollen wir den Wandel in unserem Bezirk gestalten und so ein Neukölln schaffen, in dem alle gleichermaßen zuhause sind und gut leben können. Alteingesessene, die schon seit vielen Jahren in Neukölln wohnen, sollen sich hier genauso wohlfühlen wie Zugezogene, die neu zu uns kommen. Wir wollen das erhalten, was unseren Bezirk so liebenswert macht: die soziale Durchmischung, das selbstverständliche Miteinander verschiedener Lebenskonzepte und kleinteilige, dezentrale Strukturen aus Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und freien Grünflächen. Das passiert nicht von allein – sondern nur mit einer Politik, die dieser Entwicklung Regeln und Rahmen setzt.

Wir Grüne wollen ein Neukölln, in dem niemand ausgegrenzt wird. Wir wollen ein solidarisches und buntes Neukölln (Kapitel I)! Deswegen machen wir uns stark für die Schwächeren in unserem Bezirk. Wir kämpfen für ein Neukölln, in dem Menschen nicht mehr zum Spielball von Investor*innen werden und in ihren Wohnungen und Kiezen bleiben können. Ein Neukölln mit weit offenen Türen für Geflüchtete und ein Neukölln, in dem die verschiedenen Kulturen zusammenleben und sich gegenseitig bereichern.

Wir machen Politik für ein ökologisches, ein grüneres und ein gesundes Neukölln (Kapitel II). Wir wollen Platz schaffen für Fußgänger*innen, Fahrräder und Busse. Unser Ziel ist ein Neukölln, in dem gutes, gesundes Leben möglich ist, weil es ausreichend öffentliche Grünflächen, weniger Lärm- und Feinstaubbelastung gibt und der Bezirk endlich ein Klimaschutzkonzept vorlegt.

Und wir sind überzeugt, dass ein Neukölln möglich ist, in dem Neuköllner*innen nicht gegen Blockaden und Hürden ankämpfen müssen, sondern ihnen Chancen und Möglichkeiten offenstehen (Kapitel III). Dazu brauchen wir Schulen, in denen Kinder nicht mehr aussortiert werden, Jobcenter, die neue Wege in Arbeit eröffnen und neue Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen, queere Menschen und Senior*innen.

Seit über 35 Jahren machen wir Politik in Neukölln. Wir konnten in dieser Zeit nicht alles umsetzen, was wir uns gewünscht hätten. Aber wir haben viel bewegt – in kleinen Schritten und oft gegen große Widerstände. Für die kommenden fünf Jahre haben wir viel vor. Mit Elan, Mut und neuen Ideen wollen wir gemeinsam mit allen Neuköllner*innen unsere Vision für den Bezirk umsetzen. Wenn Sie mehr dazu wissen möchten, sprechen Sie uns gerne an. Über Ihre Unterstützung am 18. September 2016 würden wir uns freuen.

Ihre Neuköllner Grünen

UNSERE GRÜNEN SCHLÜSSELPROJEKTE

1. Zusammenleben in Neukölln – solidarisch und bunt

Mietpreisentwicklung in Neukölln durch ein Milieuschutzgebiet bis zum Teltowkanal eindämmen!

Wir wollen die bezirklichen Möglichkeiten gegen rasant steigende Mietpreise nutzen und uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten starkmachen. Der jahrelange Druck auf die SPD und CDU muss trotz erster Erfolge aufrechterhalten werden, um in möglichst vielen betroffenen Gegenden zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum beizutragen.

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit durch mehr Spielraum bei der Mietkostenübernahme bekämpfen!

Immer mehr Neuköllner*innen geraten in Wohnungsnot. Wir wollen Menschen aus der Mietschuldenfalle befreien und eine Offensive gegen Zwangsräumungen starten. Dazu müssen die Spielräume bei der Übernahme von Kosten der Unterkunft voll ausgeschöpft und Mietschulden viel häufiger vom Jobcenter übernommen werden.

Durch ein Willkommenszentrum im Bezirksamt einen guten Start in Neukölln ermöglichen!

Dank der Europäischen Freizügigkeit kommen Menschen aus ganz Europa zu uns. Wir wollen durch eine Anlaufstelle die Hürden für die Ankommenden abbauen: Durch mehrsprachige Beratung soll ihnen unkompliziert geholfen werden, etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen oder der Vermittlung von Sprachkursen.

2. Grünes Neukölln – ökologisch und gesund

Mit einem nachhaltigen Konzept den Klimaschutz in Neukölln intelligent vorantreiben!

Wir wollen ein Klimaschutzkonzept für Neukölln entwickeln. Dadurch schaffen wir die Grundlage für intelligenten und nachhaltigen Klimaschutz und holen Fördergelder des Bundes nach Neukölln. So wollen wir zum Beispiel alle Schulen auf geförderte LED-Lampen umrüsten. Kleine Investitionen führen zu großen Einsparungen und schützen das Klima.

Mit mehr Bäumen, Grünflächen und Bienen wächst Neukölln grün!

Mit uns gibt es mehr Grün: Wir wollen für jeden gefälltten Baum eine Neupflanzung – und zwar in der Nähe des gefälltten Baumes. Außerdem wollen wir die Begrünung von Fassaden und Dächern sowie die Bienenhaltung in Neukölln fördern. Denn sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und zur Artenvielfalt.

Mit mehr Fahrradstraßen in Neukölln ein Gegenmodell zum Autochaos aufzeigen!

Dieses Jahr wurden die ersten Fahrradstraßen in Neukölln beschlossen. Diese sollen zeigen, wie Stadtverkehr jenseits von Staus und Abgasen anders, besser und nachhaltiger funktionieren kann. Diesen Weg wollen wir weitergehen und uns für weitere Fahrradstraßen einsetzen. Durch die Beteiligung der Neuköllner*innen wollen wir die genaue Ausgestaltung planen und umsetzen.

3. Neukölln – Chancen schaffen, Möglichkeiten nutzen

Mit einem Familien-Service-Büro das Ämter-Hopping beenden!

Es gibt unzählige Angebote, auf die Familien mit Kindern zurückgreifen können: vom Kindergeld über Kita-Gutscheine bis zu günstigen Freizeitaktivitäten. Der Hürdenlauf von Amt zu Amt verhindert aber leider, dass sie in Anspruch genommen werden. Darum wollen wir ein Familien-Service-Büro einrichten: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten!

Durch längeres gemeinsames Lernen bessere Bildungschancen für alle schaffen!

Schwächere Schüler*innen werden in Neukölln viel zu oft einfach aussortiert: im Probejahr am Gymnasium, in den Umsteiger*innenklassen an Sekundarschulen oder in ethnisch getrennten Klassen. Wir wollen diese Ausgrenzung beenden und durch gemeinsames Lernen Bildungschancen verbessern. Langfristig soll die Gemeinschaftsschule zur Regelschule werden.

Mit Gender Budgeting im Neuköllner Haushalt die Gleichstellung von Frauen vorantreiben!

Leider wird bei der Haushaltsplanung immer noch nicht ausreichend auf die Gleichstellung von Männern und Frauen geachtet, auch in Neukölln. So profitieren beispielsweise noch immer größtenteils Jungen von der aktuellen Sport- und Wettkampfförderung. Das muss sich ändern. Wir wollen den Haushalt auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen und Mitarbeiter*innen im Bezirksamt so schulen, dass das Geld künftig auch da ankommt, wo es Mädchen und Frauen zugutekommt.

1. ZUSAMMENLEBEN IN NEUKÖLLN – SOLIDARISCH UND BUNT

Wir Grüne machen uns stark für ein lebenswertes und offenes Neukölln, in dem sich alle zuhause fühlen können. Unser Bezirk muss bunt und solidarisch bleiben! Deswegen wollen wir, dass alle willkommen sind, die Neuköllns Weltoffenheit suchen und hier ein neues Zuhause finden. Gleichzeitig muss für ein lebendiges Miteinander von Alteingesessenen und Zugezogenen Wohnen und Leben für alle bezahlbar bleiben.

Fast täglich machen neue Kneipen und Bars, neue Geschäfte und Galerien auf. Was frischen Wind besonders nach Nordneukölln bringt, treibt gleichzeitig die soziale Spaltung voran: Die Mieten steigen rasant und die Konkurrenz um Flächen und Räume nimmt zu. Neue teure Wohnkomplexe werden gebaut, während parallel immer mehr Menschen aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden.

Wir Grüne wollen den Wandel unserer Stadt mit all seinen Chancen und Herausforderungen sozialverträglich und ökologisch gestalten und dabei das erhalten, was unsere Kieze so liebenswert macht: Die soziale Durchmischung, das selbstverständliche Miteinander verschiedener Lebenskonzepte und kleinteilige, dezentrale Strukturen aus Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und freien Grünflächen. Das passiert nicht von allein – sondern nur mit einer Politik, die dieser Entwicklung Regeln und Rahmen setzt.

Damit das Bevölkerungswachstum eine Chance für Neukölln bedeutet, setzen wir Grüne auf demokratische und innovative Beteiligungsverfahren. Gemeinsam wollen wir kreative Lösungen für unseren öffentlichen Raum finden: für Parks, Plätze oder Grünanlagen, für Spielplätze oder Einkaufs- und Ausgehstraßen. Es waren die Neuköllner*innen selbst, die im Norden durch einen Bürger*innenantrag für ein Millieuschutzgebiet Druck gemacht haben. Diese Energie wollen wir aufnehmen und echte Partizipationsmöglichkeiten ausbauen.

Wir wollen, dass die Verwaltung Neuköllns mit gutem Beispiel vorangeht – und das nicht nur, wenn es um Beteiligungsverfahren bei großen Investitionen geht. Die öffentliche Hand ist eine wichtige Auftraggeberin. Ob Büromöbel oder Kan-

Volles Programm Neukölln

tinensessen, die bezirkliche Vergabe und Beschaffung muss stärker an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden. Neukölln muss Fairtrade-Town werden und sollte auch eine Klimapartnerschaft mit einer Stadt aus dem globalen Süden eingehen. Unseren kommunalen Spielraum, den Bezirk nachhaltig zu gestalten, wollen wir nutzen und gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA verteidigen. Die öffentliche Hand ist auch Arbeitgeberin. Wir wollen eine langfristige und zukunftsorientierte Personalpolitik für Neukölln, sodass die Verwaltung so vielfältig wird wie der Bezirk selbst. Denn sie ist häufig die erste Anlaufstelle für Menschen aus der ganzen Welt, die zu uns kommen, um hier zu leben.

Wir heißen alle Menschen in Neukölln willkommen, egal aus welchem Grund sie kommen – um zu studieren, ein Unternehmen zu gründen, sich kreativ zu verwirklichen oder weil sie ein besseres Leben für sich und ihre Kinder suchen. Wir wollen alle Neu-Neuköllner*innen dabei unterstützen, hier Fuß zu fassen, angefangen in den Kitas und Schulen, die die Vielfalt als Chance begreifen müssen. Neue Chancen wollen wir auch Menschen geben, die als Geflüchtete zu uns kommen. Zuerst müssen wir für eine würdige Unterkunft sorgen. Dann geht es aber um viel mehr: Die Menschen brauchen Möglichkeiten, sich zu entwickeln und Chancen, sich in Neukölln einzubringen. Denn sie sind eine Bereicherung für den Bezirk.

Leider sind rechte Drohanrufe, Gewalttaten oder Brandanschläge keine Einzelfälle. Aber wo immer Rechte ihre menschenfeindliche Hetze verbreiten, stellen sich ihnen Neuköllner*innen in den Weg. Das unterstützen wir Grüne und kämpfen gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit und Sexismus.

1. Zusammenleben in Neukölln

1.1. Wohnen und Leben im Bezirk – miteinander und bezahlbar

Mietentwicklung bremsen – Milieuschutz ausweiten

Angesichts der Entwicklung der letzten Jahre auf dem Wohnungsmarkt halten wir Milieuschutz für den gesamten Bereich nördlich des Teltowkanals für notwendig. Nur in Milieuschutzgebieten kann etwa die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wirksam verhindert werden. Nach jahrelangem zähen Ringen in der Bezirksverordnetenversammlung ist es uns gemeinsam mit dem Mietenbündnis, den Linken und den Piraten gelungen, für den gesamten Neuköllner Norden und das Wohngebiet zwischen Buschkrugallee und Hermannstraße Voruntersuchungen durchzusetzen – der erste Schritt zur Festsetzung von Milieuschutzgebieten. Wir wollen alle vorhandenen Spielräume zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum nutzen, damit nicht noch mehr Neuköllner*innen gezwungen sind, ihre Kieze zu verlassen.

Wir werden bei der Umsetzung von Milieuschutz sehr genau auf die konkrete Ausgestaltung achten und uns dafür einsetzen, dass für diese Aufgabe mehr Personal bereitgestellt wird. Nur so kann die Bezirksverwaltung die geltenden Gesetze zum Schutz der Mieter*innen und zum Erhalt von preiswertem Wohnraum auch umsetzen und überprüfen, ob sie eingehalten werden. Es braucht politischen Willen und eine gut ausgestattete und geschulte Verwaltung, um die widerrechtliche Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen zu unterbinden, Luxusmodernisierungen zu verhindern und das Umwandlungsverbot in Eigentumswohnungen zu kontrollieren – sonst verkommt auch der Milieuschutz zum zahnlosen Tiger.

Darüber hinaus wollen wir – wo möglich – das Vorkaufsrecht des Bezirks nutzen, wenn Mietshäuser veräußert werden. Das ist im Moment nur mit hohen Hürden möglich, für deren Abbau wir uns auch auf Landesebene stark machen – etwa durch die Einrichtung eines Bezirksfonds für den Ankauf von Mietshäusern. Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg haben vorgemacht, was mit politischem Willen auf Bezirksebene möglich ist. So können Häuser angekauft werden, um bei diesen Einfluss auf die Mietentwicklung zu nehmen.

Volles Programm Neukölln

Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Wohngebiete nachverdichten

In den letzten Jahren ist die Bevölkerungszahl in den Kiezen innerhalb des S-Bahn-Rings spürbar gestiegen – und zwar nicht nur dort, wo neue Wohnungen entstanden sind. Immer mehr Wohnungen sind überbelegt, da die steigenden Mieten die Menschen im Kiez zusammenrücken lassen. Gleichzeitig bleiben auch viele in eigentlich zu großen Wohnungen, weil die Miete selbst bei einem Umzug in eine kleinere Wohnung oft höher wäre.

Ohne den Bau von neuem Wohnraum auch durch Nachverdichtung in bestehenden Wohngebieten wird es kaum möglich sein, den weiter steigenden Bedarf an Wohnungen zu decken. Allerdings sind die Potentiale für neuen großflächigen Geschosswohnungsbau im Bezirk sehr begrenzt. Die noch zur Verfügung stehenden Flächen kommen aufgrund ihrer Lage am Stadtrand vor allem für Eigenheimbau in Frage.

Trotzdem bieten sich viele Flächen für Geschosswohnungsbau an. Dabei handelt es sich nicht um große Bauflächen, sondern um eine Vielzahl von Baulücken oder bereits versiegelte, aber nicht ausgenutzte Grundstücke mit einstöckigem Gewerbe, Supermärkten oder Zwischennutzungen. Das erfordert für jedes Grundstück individuelle Lösungen, aber viele kleine Neubauten bringen mehr als ein großes Luftschloss. Auf allen Flächen, auf denen Geschosswohnungsbau möglich ist, wollen wir eine klare Priorität für den Bau von bezahlbaren Wohnungen. Dabei darf eine Nachverdichtung aber nur dann erfolgen, wenn auch ausreichend soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Grünflächen, Spielplätze etc. im Umfeld vorhanden sind oder ein entsprechender Ausbau möglich ist. Denn die hohe Einwohner*innendichte in Neukölln erzeugt bereits jetzt einen starken Druck auf diese Infrastruktur. Darüber hinaus erfordert die intensive Nutzung auch zusätzliche Mittel für Pflege, Wartung und Instandhaltung.

Eine weitere Möglichkeit, neuen Wohnraum zu schaffen, besteht in Dachgeschossausbauten. Hier hat der Bezirk sinnvolle Regelungen entwickelt, wo dies möglich ist und wo nicht – etwa wenn das Grundstück schon jetzt sehr dicht bebaut ist. Diese Regelungen wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Oft gehen Dachgeschossausbauten leider mit umfangreichen Modernisierungen einher, die zu Mieterhöhungen für die Bestandsmieter*innen führen. Deshalb wollen wir Eigentümer*innen beraten und darin unterstützen, die Potentiale des Dachgeschossausbaus zu nutzen, ohne eine Komplettsanierung des Hauses vorzunehm-

1. Zusammenleben in Neukölln

men. Dazu gehört auch, Eigentümer*innen aktiv auf Förderprogramme aufmerksam zu machen.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um bei Neubauprojekten den rechtlich maximal möglichen Anteil von preiswertem Wohnraum zu schaffen. Bisher hat das Bezirksamt stets nach Möglichkeiten gesucht, dies zu umgehen. So werden zwar städtebauliche Verträge auch seit längerem in Neukölln abgeschlossen, dabei stehen bisher jedoch meist eine Entlastung des Bezirkshaushaltes sowie die Interessen der Investor*innen deutlich im Vordergrund. Das wollen wir ändern!

Es ist aber auch klar: Neubau allein wird die Probleme nicht lösen. Die Politik muss sich endlich intensiv um die Gestaltung der Mieten im Wohnungsbestand kümmern und so die Verdrängung von Mieter*innen verhindern.

Mehr Beteiligung bei Bauvorhaben – Neuköllner*innen einbinden

Einen zentralen Aspekt von Beteiligung im kommunalen Bereich bilden Bau- und stadtentwicklungspolitische Fragen. Bürger*innen, die sich beteiligen wollen, haben es in Neukölln aber schwer.

Als einen ersten Schritt wollen wir, dass bereits auf der Eingangsseite der bezirklichen Homepage auf aktuelle Bebauungsplanverfahren hingewiesen wird. So sind Planungen schneller auffindbar. Bei allen Bebauungsplanverfahren, die über ein einzelnes Grundstück hinausgehen, müssen die Anwohner*innen grundsätzlich per Flyer über die Planungsabsichten informiert werden. Zusätzlich sollen das Bezirksamt oder die Investor*innen Informationsveranstaltungen durchführen.

Wir finden, das Bezirksamt sollte sich über Bürger*innen freuen, die sich für Planungen und Bauvorhaben in ihrer Nachbarschaft interessieren. Sie zu informieren und die Diskussion mit ihnen zu führen, darf nicht als lästige Zusatzaufgabe angesehen werden. Die Verwaltung wollen wir fit machen für Bürgerbeteiligung.

Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle für Bürger*innenbeteiligung im Bezirk. An dieser Stelle sollen Informationen gesammelt und die Einbindung der betroffenen Anwohner*innen bei Beteiligungsverfahren koordiniert werden. Alle Bürger*innen sollen hier unkompliziert erfahren, wer Ansprechperson für ihren Beteiligungswunsch ist. Damit wollen wir die Transparenz der Verfahren erhöhen und die Beteiligung erleichtern. Außerdem soll diese Stelle auch ansprechbar

Volles Programm Neukölln

sein, wenn die jeweilige Verwaltung in Beteiligungsverfahren mauert. Eine der zentralen Aufgaben der Stelle soll es sein, Beteiligungsverfahren und anstehende Projekte in den betroffenen Kiezen bekanntzumachen und die Menschen zu informieren.

Wir wollen erreichen, dass der Bezirk sich selbst dazu verpflichtet bei größeren Bauvorhaben Bürger*innenbeteiligungsverfahren durchzuführen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Vorschläge der Neuköllner*innen sollen konstruktiv geprüft werden. Wir sind davon überzeugt, dass informierte Bürger*innen, die in die Entwicklung ihrer Nachbarschaft einbezogen werden, dazu bereit sind, über Bebauungspläne offener zu diskutieren, als wenn sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Immer wieder gibt es Versuche, geplante Bürger*innenbegehren zu umgehen, etwa indem wie bei den Buckower Feldern die Zuständigkeit an den Senat verlagert wird. Solche Tricks müssen der Vergangenheit angehören.

Beteiligung ist immer auch die Abwägung von Einzelinteressen und Gemeinwohl gegeneinander. Dabei wiegen bestimmte Gemeinschaftsinteressen wie die Schaffung von preiswertem Wohnraum und sozialer Infrastruktur schwer und sollten in der Abwägung mit anderen Gemeinschafts- und Einzelinteressen nur im Sonderfall dazu führen, dass ein Bauprojekt komplett abgelehnt wird.

Für ein lebendiges Miteinander in den Kiezen – Quartiersmanagement weiterentwickeln

Wir halten das Konzept des Quartiersmanagements (QM) für sinnvoll, mit dem in benachteiligten Kiezen soziale und städtebauliche Projekte unter Mitwirkung der Bevölkerung finanziert werden sollen. Die QM-Gebiete sind wichtig für Neukölln – deswegen können wir uns auch die Einrichtung weiterer QM-Gebiete im Bezirk vorstellen, zum Beispiel in Neubritz. Sie binden über ihre Arbeit Menschen in die Stadtgestaltung ein, die sonst nicht beteiligt werden. Gleichzeitig sehen wir, dass es in einzelnen Quartieren Unzufriedenheit über die Mittelverwendung und die Mitbestimmung der Bewohner*innen gibt. Wir wollen das Quartiersmanagement weiterentwickeln und Enttäuschte zurückgewinnen.

Läuft das Quartiersmanagement in Gebieten wie aktuell im Reuter-Kiez aus, bleibt gleichwohl viel zu tun: Erfolgreiche Maßnahmen und Projekte müssen möglichst dauerhaft vom Bezirk übernommen oder zumindest durch eine hauptamtliche Koordination unterstützt werden. Nur so kann Verstetigung mehr sein als eine leere Worthülse.

1. Zusammenleben in Neukölln

Für das Sanierungsgebiet Karl-Marx-Straße/Sonnenallee fordern wir, den Fokus auf die Bewahrung der jetzigen Bevölkerungszusammensetzung zu legen und die Leitsätze zur Stadterneuerung für die Sanierungsgebiete in Berlin durchgehend zu beachten. Es ist wichtig, dass es in den Sanierungsgebieten Beteiligungsgremien gibt, die über Entscheidungsprozesse informiert sind und bei Entscheidungen angehört und eingebunden werden müssen. Darüber hinaus soll auch für alle Bürger*innen eine Möglichkeit zur Anhörung vor Entscheidungen eingerichtet werden.

Obdachlosigkeit bekämpfen – Mietkostenübernahme flexibilisieren

Wir brauchen eine Offensive gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Dazu hat der Grüne Sozialstadtrat bereits eine Vereinbarung mit dem Neuköllner Jobcenter getroffen. Dadurch wollen wir unter anderem erreichen, dass die Spielräume bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft maximal genutzt werden. Es macht schließlich keinen Sinn, dass Menschen die Zwangsräumung droht und sie ihre Wohnung verlassen müssen, nur weil ein paar Euro zur Miete fehlen. Das bedeutet nicht nur einen massiven Einschnitt in das Leben der Betroffenen, sondern verursacht auch hohe Kosten für den Bezirk. Denn dieser muss Zwangsgeräumte für Tausende Euro in Hostels oder Notunterkünften unterbringen. Jahrelang lag die Ablehnungsquote für Mietschuldenübernahmen durch das Jobcenter in Neukölln bei circa 90 Prozent – und damit deutlich höher als in anderen Berliner Bezirken. Unter dem Grünen Sozialstadtrat hat sie sich auf etwa die Hälfte reduziert. Damit wurde unter dem Strich eine Menge Geld gespart und die Praxis menschenwürdiger ausgestaltet. Seit Anfang 2015 überprüft der Bezirk jede Entscheidung des Jobcenters zusätzlich. Ziel ist es, die hohe Ablehnungsquote von Mietschuldenübernahmen im Jobcenter Neukölln durch Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten weiter zu senken. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Auch auf Landesebene besteht dringender Reformbedarf bei der Wohnaufwendungsverordnung, damit Menschen ihre Wohngegend nicht mehr verlassen müssen und so aus ihrem sozialen Umfeld gerissen werden. Das gilt ganz besonders für Kinder.

Menschen, die bereits obdachlos geworden sind, brauchen dringend zielgerichtete Hilfe – von Suppenküchen bis zu den Kälteschlafplätzen für den kommenden Winter. Wir haben uns in den vergangenen Jahren leider vergeblich beim Berliner Senat dafür eingesetzt, Obdachlosigkeit entschlossen und langfristig berlinweit koordiniert zu bekämpfen. Zwar konnte im letzten Winter eine weitere Kälte-

Volles Programm Neukölln

unterkocht in Neukölln eröffnet werden, aber das reicht angesichts des großen Bedarfs nicht aus.

Gastfreundliche Kieze, rücksichtsvoller Tourismus – Nutzungskonflikte moderieren

Mehr Menschen auf gleichbleibendem Raum ziehen auch zwangsläufig mehr Nutzungskonflikte nach sich: Die einen wollen vor der Kneipe im Freien sitzen, die anderen sich nicht täglich im Slalom zur Haustür durchschlängeln müssen. Lärmkonflikte zwischen Gastronomie und Anwohner*innen nehmen mit der steigenden Beliebtheit insbesondere Nordneuköllns bei Nachtschwärmer*innen und Tourist*innen zu. Für den Umgang damit gibt es verschiedene Mittel, wie beispielsweise Runde Tische oder den Einsatz von Mediator*innen, mit denen auf beiden Seiten das Bewusstsein für mehr Kompromissfähigkeit und gegenseitige Rücksichtnahme gestärkt werden soll. Diese Ansätze wollen wir auch in Neukölln verstärkt anwenden, damit unser Bezirk für alle Bewohner*innen lebenswert bleibt.

Darüber hinaus wollen wir in bereits heute stark frequentierten Ausgehgegenden – etwa in Teilen der Weserstraße – der Ballung von immer mehr Bars und Kneipen und der Verdrängung anderer Nutzungen wie Handwerker*innen, Kinderläden, Ateliers oder Ladengeschäften entgegenwirken.

Die gesetzlichen Regelungen, die die Umnutzung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen verbieten, wollen wir konsequent umsetzen. So sichern wir den Wohnraum für Mieter*innen und sorgen dafür, dass Tourist*innen und Einwohner*innen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Neuköllner Mischung erhalten – Gentrifizierung auch für Gewerbe bremsen

Durch die zunehmende Gentrifizierung in Neukölln ist der Preisdruck auch bei Gewerberäumen so stark gestiegen, dass er viele Mieter*innen vor große Probleme stellt. Immer häufiger werden Handwerker*innen, Künstler*innen oder Kindertagesstätten durch zahlungskräftige Konkurrenz verdrängt und finden – wenn überhaupt – nur mit Mühe bezahlbare neue Räume. Auch die Zunahme des Tourismus beeinflusst die bisherige lokale Gewerbestruktur.

1. Zusammenleben in Neukölln

Damit etabliertes Gewerbe nicht abwandern muss, neue Ideen Raum haben und Neukölln ein vielfältiger Wirtschaftsstandort bleibt, muss dieser Entwicklung etwas entgegengesetzt werden. Dies ist auch die Aufgabe der bezirklichen Wirtschaftsförderung. Wir Grüne setzen uns auf Landesebene unter anderem für einen Gewerbemietpreispegel und Mietpreisbremsen, die Gründung eines Bündnisses für bezahlbare Gewerbemieten seitens der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und gegen spekulativen Leerstand bei Gewerbeflächen ein.

1.2. Ein modernes und zukunftsorientiertes Bezirksamt – gut ausgestattet und beteiligend

Den wachsenden Aufgaben gerecht werden – Personal aufstocken, Vielfalt fördern

Endlose Schlangen vor Bürger*innenämtern, lange Wartezeiten auf Wohn- oder Elterngeld – der Personalmangel in den Bezirksämtern ist inzwischen an vielen Stellen spürbar. Aufgrund von kurzfristigen und falschen Personaleinsparungen in der Vergangenheit hat Neukölln mit seinen vielfältigen Herausforderungen von allen Berliner Bezirken mit Abstand das wenigste Personal. Bis heute können viele präventive Leistungen, etwa zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit, nicht oder nicht in ausreichendem Maße erbracht werden.

Dieser Personalmangel kostet den Bezirk viel Geld, da freie Träger nicht kontrolliert und Fördermittel von Senat, Bund oder EU nicht abgerufen, verplant oder investiert werden können, beispielsweise in Schulen oder Kitas. Fehlende Planer*innen verlangsamen die Fertigstellung von Bauvorhaben. Bürger*innen und Gewerbetreibende sind zu Recht verärgert, wenn sie auf Genehmigungen, Ausweisungspapiere oder ihnen zustehendes Geld warten müssen. Dieser Mangelzustand muss schnellstmöglich beendet werden, damit die Bezirksverwaltung wieder in vollem Umfang arbeitsfähig wird. Der Senat und das Abgeordnetenhaus sind in der Verantwortung, mit dem nächsten Haushalt eine spürbare Aufstockung des Personals in den Bezirksämtern zu beschließen und außerdem überall dort die Einstellung und Finanzierung des benötigten Personals zu ermöglichen, wo sie den Bezirken weitere Aufgaben übertragen, wie zum Beispiel beim Zweckentfremdungsverbot.

Volles Programm Neukölln

In den kommenden Jahren werden viele Kolleg*innen die Verwaltung altersbedingt verlassen. Diese Stellen müssen neu besetzt werden. Das vorhandene Wissen darf dabei nicht verloren gehen, weil Stellen erst mit deutlicher Verzögerung nachbesetzt werden. Stattdessen soll die Erfahrung der ausscheidenden Kolleg*innen genutzt werden, um ihre Nachfolger*innen einzuarbeiten. Dazu müssen Übergangs- und Einarbeitungszeiten die Regel sein, Stellen dürfen nicht erst nach einem halben Jahr neu besetzt werden. Mittelfristig spart das sogar Geld, da entstehende Wissensverluste die Verwaltung deutlich teurer zu stehen kommen.

Eine Vielzahl an Stellen wird nur bis zu maximal zwei Jahren ausgeschrieben oder an Einzelselbständige ausgelagert. Diese Praxis muss beendet werden, um den Betroffenen eine faire Chance auf Zukunftsplanung zu gewährleisten und qualifiziertes Personal dauerhaft im Bezirksamt zu halten.

Gerade qualifizierter Nachwuchs ist für die öffentliche Verwaltung immer schwieriger zu finden. Daher muss interessierten Jugendlichen die Chance geboten werden, sich im Rahmen von Vorbereitungskursen auf die Aufnahmeprüfung für die Ausbildung im öffentlichen Dienst vorzubereiten. Dabei soll ein besonderer Fokus darauf liegen, auch Menschen mit Migrationshintergrund für die Arbeit im Bezirksamt zu gewinnen. Interkulturelle Kompetenz auf Seiten der Verwaltung ist in einem vielfältigen Bezirk wie Neukölln ein wichtiges Gut. Deshalb sind uns auch weitere Fortbildungen für das bestehende Personal ein Anliegen. Um Diversity in der Verwaltung zu fördern, wollen wir im Bezirksamt das Programm „Vielfalt in der Verwaltung“ der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung umsetzen.

Mit gutem Vorbild voran – Vergabe fair und sozial gestalten

Die öffentliche Hand gehört zu den wichtigsten Einkäufer*innen im Bezirk. Dabei kommt den Fragen, wie, was und nach welchen Kriterien eingekauft wird, eine große Bedeutung zu. Bereits heute gibt es einen umfangreichen Katalog für die Beschaffung von Gütern und die Vergabe von Dienstleistungen durch die Vergabestellen des Landes Berlin. Allerdings krankt es an der Umsetzung, weil qualifiziertes Personal fehlt, um entsprechende Ausschreibungen zu erstellen und Vorgaben zu kontrollieren oder weil bei der Beschaffung von Gütern unklar ist, welche Siegel und Nachweise für die Erfüllung von Umweltkriterien herangezogen werden können. Daher wollen wir gemeinsam mit anderen Bezirken an einer Konkretisierung der Vorgaben arbeiten und gleichzeitig den Kompetenz-

1. Zusammenleben in Neukölln

austausch zwischen den Bezirken stärken und die Mitarbeiter*innen der Vergabestellen zielgerichtet weiterqualifizieren.

Bei der Ausschreibung und Vergabe von bezirklichen Aufträgen kann aber indirekt auch bei Unternehmen dafür gesorgt werden, dass angemessene soziale Standards eingehalten werden. Hierfür müssen die sozialen Kriterien, die im Vergabe- und Ausschreibungsgesetz stehen, hart angewendet werden. Insbesondere sind dies die Einhaltung des Mindestlohns, die Förderung von Frauen entsprechend dem Landesgleichstellungsgesetz sowie die Beteiligung an der Ausbildung. Wir wollen auf bezirklicher Ebene für eine verbindliche Anwendung der Vergaberichtlinien sorgen und die Anwendungsgrenze wie im alten Landesgesetz auf 500 Euro senken.

Darüber hinaus wollen wir den öffentlichen Kenntnisstand über die bezirkliche Vergabepaxis vergrößern. Mit einem jährlichen Vergabebericht nach dem Vorbild von Marzahn-Hellersdorf wollen wir den Zustand beenden, dass momentan keine bezirklichen Daten erhoben und veröffentlicht werden.

Neben der bezirklichen Beschaffungs- und Vergabepaxis wollen wir das Thema „Fairer Handel“ auch nach außen stark machen. Ziel des Fairen Handels ist die Förderung von Produzent*innen in Afrika, Asien und Lateinamerika durch die Einhaltung der Fairtrade-Standards. Dazu zählen das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, garantierte Mindestpreise, langfristige Handelsbeziehungen, das Verbot gentechnisch veränderter Organismen und eine umweltschonende Wirtschaftsweise.

Mit dem Beitritt Neuköllns in die Kampagne „Fairtrade-Town“ wollen wir diese Ziele auch bei uns sichtbar machen und Aufmerksamkeit für die internationale Dimension des täglichen Einkaufs schaffen.

Bezirkliche Gestaltungsspielräume erhalten - TTIP und CETA stoppen

Wir wollen unsere politischen Gestaltungsspielräume im Bezirk erhalten und deswegen TTIP und CETA stoppen. Menschen in Berlin sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben organisieren: Ob beispielsweise privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wieder in die Hände der Bürger*innen zurückgegeben werden sollen, wie es Volksbegehren für die Wasser- und Energieversorgung angestrebt haben. Was bisher aus den Handelsabkommen TTIP und CETA bekannt geworden ist, erhöht den Privatisierungsdruck auf die Daseinsvorsorge stark.

Volles Programm Neukölln

Rekommunalisierungen werden so gut wie unmöglich. Auch sozial-ökologische Kriterien in der Vergabe, der Wirtschaftsförderung oder vorsorgender Gesundheits- und Verbraucher*innenschutz könnten unter den Abkommen als Handelshemmnisse gekippt werden.

Die Logik hinter TTIP und CETA untergräbt damit die Prinzipien des Rechtsstaates. Sonderklagerechte sollen es internationalen Konzernen erlauben, gegen Staaten oder Länder zu klagen, wenn sie für sich Wettbewerbsnachteile sehen. So könnten Behörden aus Angst vor einer Klage in Milliardenhöhe Umweltauflagen gar nicht erst erlassen. Diese Privatjustiz lehnen wir auch in Form eines internationalen Handelsgerichtshofs ab. Denn politische Entscheidungen müssen mit Bürger*innen vor Ort getroffen werden, nicht von internationalen Konzernen. Auf europäischer Ebene, im Bund, den Ländern und Bezirken streiten wir Grüne deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu verhandeln. Wir können Handelsabkommen nur unterstützen, wenn sie transparent und fair ausgestaltet sind, das Klima und Ressourcen schonen.

Transparenz in Bezirksamt und BVV – Gremien für Beteiligung öffnen

Wir wollen die Möglichkeiten zur Beteiligung an der Bezirks-verordnetenversammlung (BVV) transparenter und bekannter machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sitzungen der BVV in einem Livestream übertragen werden und wollen die Internetpräsenz des Bezirks verbessern, indem Inhalte auch in einfacher Sprache und barrierearm, etwa für Menschen mit einer Sehbehinderung, zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem niedrigschwelligen Angebot soll es ermöglicht werden, sich einfacher über die Arbeit in der BVV zu informieren und damit das Interesse in der Bevölkerung für die wichtige kommunalpolitische Arbeit zu vergrößern.

Darüber hinaus muss sich die Einstellung von Bezirksamt, BVV-Mehrheit und Verwaltung gegenüber der Beteiligung von Bürger*innen ändern. Diese darf nicht länger als störendes Problem wahrgenommen werden. Vielmehr ist die Einbindung interessierter und betroffener Bürger*innen eine Chance, die Akzeptanz für Vorhaben zu erhöhen und die Planung zu verbessern. Bei Beteiligungsverfahren und Bürger*innenversammlungen sind häufig nur bestimmte Gruppen der Neuköllner*innen präsent. Daher wollen wir versuchen über neue Beteiligungsformen auch neue Menschen für die Teilnahme zu gewinnen. Ob im Sport- oder Kulturverein, bei der Schüler*innenversammlung, im interkulturellen Garten oder in Gemeinden – überall dort, wo Neuköllner*innen bereits aktiv sind, wollen wir

1. Zusammenleben in Neukölln

auch von Verwaltungsseite aktiv auf sie zugehen und bei den Treffen vorbeikommen, um beispielsweise Planungen für ein Bauvorhaben vorzustellen.

Nachhaltige Finanzen und solider Haushalt – in die Zukunft investieren

Die Finanzausstattung der Bezirke ist nicht nur in Bezug auf die Personalausstattung, sondern insgesamt ein Problem. So werden Investitionsmittel immer häufiger im Rahmen von Sonderprogrammen mit sehr spezifischen Zielstellungen vom Senat zugeteilt, vom Schultoilettensanierungs- über das Schlagloch- bis hin zum Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm. Viel besser wäre es, den Bezirken im Rahmen des normalen Haushalts auskömmliche Mittel für die Sanierung von Gebäuden und den Neubau notwendiger Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Sonderprogramme sind aufgrund kurzer Fristen zum einen für die Verwaltung schwierig umzusetzen. Zum anderen werden auf diesem Weg notwendige Diskussionen im Bezirk über die Verteilung der Haushaltsmittel verhindert. Das führt gemeinsam mit der wachsenden Zahl der Sonderprogramme zu einer Entdemokratisierung der Investitions- und Sanierungsplanung im Bezirk. Wir fordern den nächsten Senat auf, dieser Praxis ein Ende zu setzen.

Seit dem letzten Jahr deutet sich ein Ende der rigiden Sparpolitik an: durch Haushaltsüberschüsse und die dringend notwendigen, jahrelang verschleppten, Investitionen in öffentliche Infrastruktur werden in der nächsten Legislaturperiode mehr Spielräume entstehen, als es in Berlin seit Mitte der 1990er Jahre der Fall war. Um so wichtiger ist, dass diese Mittel nicht kopflos und kurzfristig in teure Prestigeprojekte oder Beton investiert werden, sondern sozial, nachhaltig, ökologisch und sozial gerecht.

Auch wenn Neukölln in den vergangenen Jahren einen positiven Haushaltsabschluss erzielt hat, bleibt im Bereich solider Haushaltswirtschaft viel zu tun. Freiwerdende Mittel müssen so investiert werden, dass sie nicht nur kurzfristig wirken, sondern dem Bezirk und seinen Bewohner*innen dauerhaft zugutekommen. Das heißt für uns auch: statt öffentlichkeitswirksamer Hochglanzbroschüren lieber mehr Aufmerksamkeit für die wichtigen Aufgaben.

Als wir Grünen 2011 das Sozialressort übernommen haben, gab es im Sozialamt keine*n einzige*n Sozialarbeiter*in mehr. Aufgaben wurden – wenn überhaupt – weitgehend ohne Kontrolle durch freie Träger erbracht. Wir haben gegen diese absurde Politik gekämpft – und dafür gesorgt, dass qualifizierte Fallbetreuer*innen im Sozialamt eingestellt wurden. Das ist wichtig für die Betroffenen, aber es ist

Volles Programm Neukölln

auch wirtschaftlich vernünftig, wenn durch frühzeitige Beratungs- und Unterstützungsangebote etwa Wohnungsverlust und Obdachlosigkeit verhindert werden.

Die bezirkliche Investitionsplanung soll transparenter werden. Bisher sind zwar Hinweise an die Verwaltung möglich, wo Straßenumbaumaßnahmen oder eine Spielplatzsanierung sinnvoll wären, aber diese werden nur selten ernsthaft geprüft oder gar umgesetzt. Wir wollen, dass der Bezirk hier ein umfassendes Bürger*innenbeteiligungsverfahren einrichtet. Dabei sollen die Projekte, die der Bezirk plant, im Rahmen von Bürger*innenversammlungen vorgestellt und diskutiert werden. Außerdem soll es im Vorfeld die Möglichkeit geben, Vorschläge für Maßnahmen zu machen, die von der Verwaltung auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden. Die Diskussion dieser Vorschläge soll ebenfalls Gegenstand der Bürger*innenversammlungen sein. Das Votum der Versammlungen soll Berücksichtigung in der abschließenden Beschlussfassung über die bezirkliche Investitionsplanung finden.

Öffentliche Daten gehören allen - Neukölln darf bei Open Data nicht den Anschluss verlieren

Im Bezirksamt schlummert eine Unzahl von Daten - ob die Darstellung der Neuköllner Schulen, die Standorte von Altglascontainern oder Einrichtungen und Projekte für Familien - an Informationen mangelt es nicht. Bisher werden diese jedoch gar nicht, nur in Form von gedruckten Broschüren oder in vom Bezirksamt beauftragten und bezahlten Apps veröffentlicht.

Open Data ist in Neukölln leider noch immer ein Fremdwort. Dabei ist die Idee denkbar sinnvoll: Öffentliche Daten gehören allen. Werden diese Daten standardisiert und maschinenlesbar zur Verfügung gestellt, können diese von Interessierten abgerufen und aufbereitet werden. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um Hobbyprojekt oder Geschäftsidee geht.

Viele Bezirke haben sich bereits auf den Weg gemacht und begonnen, Daten im Rahmen der Open-Data-Initiative des Berliner Senats aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen. Alle Versuche in der letzten Legislaturperiode auch in Neukölln voranzukommen, wurden von der großen Koalition abgewiesen. Aber wir lassen nicht locker und wollen in den nächsten fünf Jahren nach und nach geeignete Daten beisteuern.

1.3. Gemeinsam Leben in Neukölln – vielfältig und offen

Europa willkommen heißen – ein Willkommenszentrum für Neuankömmlinge einrichten

Neukölln braucht eine Willkommenskultur in allen Ämtern, vom Jugend- über das Bau- bis zum Ordnungsamt. Dazu gehört die interkulturelle Öffnung mit mehrsprachigem Personal und Informationsmaterialien genauso wie die Einrichtung eines Willkommenszentrums und die Einbindung der Migrant*innenselbstorganisationen in die Service- und Beratungsleistung sowie in die bezirklichen Einbürgerungsfeiern.

Dank des Grundrechts der europäischen Personenfreizügigkeit kommen viele junge und gut ausgebildete Menschen aus der ganzen Europäischen Union nach Neukölln und versuchen sich hier eine Existenz aufzubauen. Sie bringen Gründer*innengeist und Kreativität in den Bezirk, aber sie kämpfen auch mit vielen Problemen: Anerkennung ihrer Abschlüsse, Krankenversicherung, Sprachbarrieren. Damit europäische Freizügigkeit auch sozial ausgestaltet wird, wollen wir ein Willkommenszentrum schaffen. Hier finden die Neuankömmlinge Beratung und Hilfe bei ihren ersten Schritten.

Bezirkliche Gremien fit machen für Integration – Migrant*innen eine Stimme geben

Jedes Jahr werden etwa 1000 Neuköllner*innen eingebürgert. Wir wollen, dass die Vielfalt der unterschiedlichen Lebensentwürfe in der Einbürgerungsfeier sichtbar gemacht und eine vielfältige Gesellschaft vorgelebt wird. Lokale Akteur*innen von Migrant*innenorganisationen sollen beratend und gestalterisch einbezogen werden. Wir haben erreicht, dass die Verwaltung sensibilisiert wurde und erste Veränderungen bei den Feiern sichtbar sind.

Der Bezirk ist im Bereich der Integration bisher nicht zukunftsorientiert aufgestellt. Ein 2009 verabschiedetes Integrationskonzept wurde seitdem nicht mehr überarbeitet und an neue Gegebenheiten angepasst. Hier besteht Handlungsbedarf: Die Verwaltung muss sich interkulturell öffnen und sich auf die Herausfor-

Volles Programm Neukölln

derungen und Chancen einer vielfältigen Gesellschaft einstellen. Zielvorgaben und Vereinbarungen für den Bezirk sollten mit allen Verwaltungen und in einem offenen, moderierten Prozess mit den Neuköllner Migrant*innenselbstorganisationen erarbeitet werden. Denn wir brauchen das Wissen und die Erfahrungen der Migrant*innen, um uns gemeinsam besser aufstellen zu können.

Den Grünen ist es gelungen, Migrant*innenselbstorganisationen im Migrationsbeirat und Integrationsausschuss hörbar zu machen. Diese Gremien müssen auch weiter gestärkt und in die Entscheidungen der BVV eingebunden werden.

Die*der Integrationsbeauftragte soll sich überall im Bezirk für gleichberechtigte Teilhabe und Integration einsetzen – von der Verwaltung über die Geflüchtetenunterkünfte bis zur Jugendberufshilfe und zum Sportverein. Sie*er soll den Einwandernden und ihren Belangen eine Stimme geben.

Alle dürfen mitbestimmen – kommunales Wahlrecht für alle einführen

Neukölln lebt von der Vielfalt und der Kreativität seiner Bewohner*innen. Sie wohnen und arbeiten hier, zahlen Steuern, engagieren sich vielfach für ihren Kiez und in politischen Gruppen. Doch nicht alle können mitbestimmen: Über 20 Prozent der Neuköllner*innen dürfen nicht wählen, wenn über Fragen ihrer direkten Lebensumstände abgestimmt wird, etwa bei der Wahl der BVV, bei Volksentscheiden oder Bürger*innenbegehren. Daher setzen wir uns auf Landesebene für die Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Berliner*innen unabhängig von ihrer Staatsbürger*innenschaft ein. Auch bei Volksentscheiden und Bürger*innenbegehren wollen wir erreichen, dass alle mit abstimmen dürfen.

Willkommenskultur erhalten – Geflüchteten einen guten Start ermöglichen

Wir heißen geflüchtete Menschen bei uns willkommen. Neukölln ist seit jeher ein Einwanderungsbezirk und auch wer heute zu uns kommt, soll einen guten Start haben. Wir sind dankbar für die große Unterstützung, die den Geflüchteten in unserem Bezirk aus der Zivilgesellschaft entgegengebracht wird. Seit Jahren bilden sich gut organisierte Willkommensinitiativen und ehrenamtliche Bündnisse, die geflüchteten Menschen bei ihrer Ankunft helfen, die in den Unterkünften aktiv sind, übersetzen, bei Gängen zu Ämtern oder Ärzt*innen begleiten, Feste organisieren, Kleider- und Sachspenden koordinieren oder die bei der Wohnungssuche

1. Zusammenleben in Neukölln

helfen. Diese Helfer*innen und Initiativen praktizieren Tag für Tag eine humane Flüchtlingspolitik, die auch wir Grüne in Neukölln unterstützen.

Die Zusammenarbeit zwischen Unterstützungsinitiativen, Heimbetreiber*innen, der Abteilung Soziales sowie anderen Bereichen des Bezirksamts funktioniert sehr gut. Auf Grüne Initiative hin wurde eine Koordinierungsstelle für Geflüchtete geschaffen, die dazu beiträgt, die Unterstützung zu organisieren. Hier wollen wir ansetzen und die Kapazitäten im Bezirksamt weiter aufstocken.

Allerdings reicht bloße Koordination nicht aus. Die ehrenamtlichen Strukturen müssen so schnell wie möglich entlastet werden. Staatliche Aufgaben müssen auch wieder von staatlichen Stellen übernommen werden. Vom Senat erwarten wir außerdem, dass der Dolmetschdienst gestärkt wird, um Geflüchteten den selbstständigen Zugang zu Ämtern, medizinischer Versorgung und Ähnlichem zu ermöglichen. Weiterhin fordern wir vom Senat eine bessere Ausstattung der Schulen und Kitas, um geflüchtete Kinder und Jugendliche nicht nur willkommen zu heißen, sondern sie aktiv zu fördern und ihnen so neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Wir lehnen Unterschiede zwischen Geflüchteten grundsätzlich ab. Es darf nicht sein, dass Menschen, die aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ wie beispielsweise dem Westbalkan fliehen, deutlich weniger Unterstützung erhalten als andere. Wir werden diese Unterscheidung im Bezirk nicht mitmachen.

Ein Zuhause schaffen – Geflüchtete menschenwürdig unterbringen

Geflüchtete Menschen haben ein Recht darauf, anständig untergebracht zu werden. Massenunterkünfte in Turnhallen oder Zelten können nur eine schlechte, vorübergehende Notlösung sein. Wir setzen alles daran, Menschen eine Unterkunft zu geben, die es ihnen ermöglicht, sich darauf zu konzentrieren, ihre Potentiale in die Gesellschaft einzubringen.

Es kann nicht sein, dass Flächen und Gebäude vorhanden sind, aber nicht für die Unterbringung zur Verfügung stehen, weil der Liegenschaftsfonds sie nicht freigibt. Es darf auch nicht sein, dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leerstehen, während wir so dringend Unterkünfte brauchen. Leerstehende Gebäude müssen dahingehend geprüft werden, ob sie als Unterkünfte in Frage kommen. Die Beschlagnahmung von Wohnungen oder Gebäuden ist nur das letzte Mittel

Volles Programm Neukölln

und muss immer mit entsprechender Entschädigung einhergehen. Sie bleibt für uns aber eine Option, die wir prüfen und bei Bedarf nutzen wollen.

Auch der Bau und das Management von Unterkünften für Geflüchtete muss dringend verbessert werden. Wir wollen die Aufsicht über die Unterkünfte im Bezirk ansiedeln. So kann Missständen, die die Lebensqualität der Bewohner*innen beeinträchtigen, schneller und direkt vor Ort begegnet werden.

Wir akzeptieren nicht, dass einige die Situation von Geflüchteten ausnutzen wollen, um mit einer menschenunwürdigen Unterbringung viel Geld zu verdienen – wie im Bezirk schon geschehen. Wann immer wir von solchen Zuständen hören, werden wir mit aller Härte dagegen vorgehen.

Mittelfristig setzen wir uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden. Wir bevorzugen Möglichkeiten, bei denen Geflüchtete gemeinsam mit Menschen wohnen, die schon heute in Neukölln leben. Nur so können wir Ihnen die Chance geben, sich wirklich in die Gesellschaft zu integrieren.

Hilfe für die Schwächsten – besonders schutzbedürftige Geflüchtete schützen

Gezielt wollen wir uns um Geflüchtete kümmern, die besonders schutzbedürftig sind – Familien mit kleinen Kindern, Frauen, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke oder queere Geflüchtete haben es besonders schwer und brauchen unsere Unterstützung.

Frauen und minderjährige Geflüchtete müssen sich sicher fühlen können. Darum wollen wir, dass das Wachpersonal in Erstaufnahmeeinrichtungen, Zelt- und Gemeinschaftsunterkünften rund um die Uhr auch mit Frauen besetzt ist. Außerdem muss es in allen Unterkünften ausreichend abschließbare Sanitäreanlagen geben. Wir wollen auf Landesebene darauf hinwirken, dass es, wie in anderen Bundesländern, auch in Berlin eigene Unterkünfte speziell für geflüchtete Minderjährige, queere Menschen, Mädchen und Frauen sowie Schwangere gibt.

Besonders schutzbedürftige Geflüchtete brauchen verlässliche Ansprechpersonen. Dazu benötigen wir die Expertise verschiedener Akteur*innen, die wir gemeinsam mit den anderen Bezirken und dem Senat an einen Tisch holen wollen. Zusatzkosten, die Organisationen, freien Trägern oder Institutionen wie Frauenhäusern durch ihre Hilfsleistungen entstehen, sollen unbürokratisch erstattet werden. Gleichzeitig muss geprüft werden, ob die finanzielle Unterstützung spe-

1. Zusammenleben in Neukölln

zialisierter freier Träger für diese Zwecke gezielt aufgestockt werden kann. Außerdem brauchen wir eine Gesundheitsversorgung, die nicht auf Notversorgung beschränkt ist, damit Schwangere, Menschen mit Behinderungen oder chronisch Kranke umfassend behandelt werden können.

Keine Chance für Nazis – die offene Gesellschaft verteidigen

Brandanschläge, Gewalttaten, Schmierereien und Drohanrufe sind in Neukölln keine Einzelfälle. Auch in unserem Bezirk stellt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also die Diskriminierung und Bedrohung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität weiterhin ein ernstzunehmendes Problem dar.

Wo immer Rechte in Neukölln Fuß fassen wollen, stellen sich ihnen Neuköllner*innen und auch wir Grünen in den Weg. Viele Menschen, Organisationen, Bündnisse und Initiativen in Neukölln machen so deutlich, dass hier kein Platz für Rechte und rechtes Gedankengut ist.

Wir setzen vor allem auf die gezielte Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Wir unterstützen Bürger*innenbündnisse, Initiativen, Vereine und Projekte, die sich für ein demokratisches, gewaltfreies und respektvolles Miteinander einsetzen und fordern eine verstärkte Anerkennung des Engagements in diesem Bereich von offizieller Seite. Durch unsere Mitarbeit in diversen Bündnissen und Initiativen, durch Aufklärung über Proteste gegen rechts und unsere aktive Teilnahme daran, tragen wir unseren Teil bei. Gewalttätige Übergriffe auf Menschen, die sich gegen rechts engagieren, verurteilen wir aufs Schärfste und fordern eine umfassende Aufklärung durch polizeiliche Behörden.

Weiterhin fordern wir eine personelle und finanzielle Aufstockung der Neuköllner Registerstelle. Die Registerstelle dokumentiert, analysiert und veröffentlicht seit 2013 rechts motivierte und diskriminierende Vorfälle in Neukölln. Auch das Bezirksamt muss in die Verantwortung genommen werden. Wir werden uns für die Einrichtung der Stelle einer*s Beauftragten im Bezirksamt einsetzen, die*der sich explizit mit Fragen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Neukölln auseinandersetzt.

Schulen und Jugendeinrichtungen müssen für Personen und Organisationen tabu sein, die sich dem rechten Spektrum zuordnen lassen. Deshalb unterstützen wir das Vorgehen, dort keinerlei Parteiveranstaltungen mehr zuzulassen. Stattdes-

Volles Programm Neukölln

sen sollen, wenn dies juristisch nicht zu verhindern ist, an rechte Parteien und Organisationen nur noch Räume in den dichtbesiedelten Gebieten Neuköllns vergeben. Die Raumvergabe muss transparent gestaltet und offen kommuniziert werden, damit die Möglichkeit besteht, deutlichen Gegenprotest zu organisieren. Nazis und Rechtspopulist*innen dürfen in unserem Bezirk keine Entfaltungsmöglichkeiten bekommen!

Vielfalt fördern – Kultur und öffentlichen Raum stärken

Die kulturelle Vielfalt ist Teil der Faszination, die immer mehr Menschen mit Neukölln verbinden. Die Neuköllner Oper, der Heimathafen und die vielen, kleinen Kulturbetriebe sind Teil des Reichtums unseres Bezirks. Für uns Grüne ist der Kulturbegriff aber viel breiter. Wir wissen, wie wichtig die vielen Kneipen sind, in denen Konzerte stattfinden, wie wichtig es ist, Fotograf*innen, Filmschaffende, bildende und darstellende Künstler*innen in unserem Bezirk zu haben, weil sie alle das Zusammenleben bunter machen und weil sie Orte schaffen, an denen Menschen zusammenkommen.

Bezahlbare Arbeitsräume sind zurzeit eines der drängendsten Probleme der Kreativbranche, da Kulturschaffende nur selten mit anderen Mieter*innen finanziell mithalten können. Deshalb wollen wir die günstige Überlassung von Arbeitsräumen auf Zeit in Immobilien der öffentlichen Hand prüfen. Außerdem wollen wir uns gezielt darum kümmern, günstigen Gewerberaum in Neukölln zu erhalten und Verdrängungsprozesse zu bremsen, die auch Galerien oder Verkaufsräume des Handwerks betreffen. Dazu brauchen wir Maßnahmen auf Landesebene wie einen Gewerbemietenspiegel und die Gründung eines Bündnisses für bezahlbare Gewerbemieten seitens der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. In Neukölln werden wir dafür sorgen, dass der Leerstand von zentral gelegenen Gebäuden beendet wird. Derzeit werden Teile des Flughafengebäudes Tempelhof für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt. Perspektivisch wollen wir prüfen, inwieweit sich das Flughafengebäude Tempelhof für künstlerische Nutzungen eignet und wie eine Vergabe an Kulturschaffende landesweit stattfinden kann. Aber auch die Alte Post in der Karl-Marx-Straße wartet seit Jahren auf neue Nutzer*innen.

Wir wollen neue Möglichkeiten für Kulturstandorte eröffnen und etablierte Kulturräume erhalten, denn ihre erfolgreiche Arbeit spielt eine wichtige Rolle in der kulturellen Bildung. In der kulturellen Vielfalt wird sichtbar, was in den letzten

1. Zusammenleben in Neukölln

Jahren in Neukölln so oft in Frage gestellt wurde: dass Vielfalt innovativ, belebend und eine Bereicherung sein kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bibliotheken und bezirklichen Galerien erhalten bleiben und wollen sie auskömmlich ausstatten. Insbesondere Bibliotheken sind ein wichtiger Baustein, um die Integration von Geflüchteten möglich zu machen, indem sie mehrsprachige, internationale Angebote für Neu-Neuköllner*innen bereithalten.

Die Kreativbranche kann ihr Potential am besten auf Messen und Festivals zeigen, da sie überregionale Strahlkraft besitzen. Die Festivals „48 Stunden Neukölln“ und „Nacht und Nebel“ haben zu einer positiven Wahrnehmung unseres Bezirks wesentlich beigetragen. Von solchen Initiativen können sowohl Neukölln als auch die Akteur*innen profitieren. Das wollen wir unterstützen.

Vielfalt und Teilhabe kann nicht nur an Kulturstätten in Neukölln gelebt werden, sondern insbesondere im öffentlichen Raum. Ob am Maybachufer, am Herrfurthplatz oder auf dem Tempelhofer Feld: Auf den Straßen, Grünflächen und Plätzen Neuköllns pulsiert das Leben. Wir wollen, dass das so bleibt! Denn alle Generationen brauchen öffentlich zugängliche Räume, in denen sie an der Gesellschaft teilhaben können, auch wenn sie wenig Geld für Freizeitaktivitäten haben.

2. GRÜNES NEUKÖLLN – ÖKOLOGISCH UND GESUND

Mit unserer Politik wollen wir das Lebens- und Liebenswerte in Neukölln erhalten und weiterentwickeln. Wir wollen ein Neukölln, in dem das Vogelgezwitscher lauter ist als der Autolärm, in dem Bienen statt Feinstaub in der Luft fliegen und es mehr öffentliche Grünflächen statt privaten Betonwüsten gibt. Hierfür müssen wir die Politik grundlegend ändern! Wir setzen auf umwelt- und menschengerechte Konzepte für unseren wachsenden Bezirk und bereiten so die Grundlage für gutes und gesundes Leben im urbanen Raum. Wir wollen zeigen, dass Neukölln mehr kann! Wir setzen uns dafür ein, dass auch hier auf lokaler Ebene ein Beitrag zum globalen Klimaschutz geleistet wird. Oft geht es dabei vor allem um Fördergelder, die effektiv abgerufen und verwendet werden müssen. Dies wollen wir endlich realisieren, um einen intelligenten und nachhaltigen Klimaschutz in Neukölln umzusetzen.

Gutes Klima im Bezirk ist nicht ohne grüne Straßen möglich. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Zahl der Straßenbäume gerade im dicht bebauten Norden erhalten bleibt. Gemeinsam mit den Neuköllner*innen wollen wir zusätzlich Baumscheiben, Höfe und Fassaden begrünen. Die vorhandenen Parks und Grünanlagen im Bezirk – allen voran das Tempelhofer Feld – sollen transparent und werterhaltend gepflegt werden. Bürgerschaftliches Engagement möchten wir unterstützen und dafür Sorge tragen, dass die bezirkliche Pflege mit ihm Hand in Hand geht. Durch die vorrangige Bepflanzung mit essbaren Pflanzen und Obstgehölzen wollen wir die bezirklichen Grünflächen zu Obstlieferanten für alle Neuköllner*innen machen.

In der Verkehrspolitik ist ein Paradigmenwechsel längst überfällig. Die knappen Verkehrsflächen im Bezirk müssen endlich effektiv für öffentliche Verkehrsmittel, das Fahrrad und die Fußgänger*innen genutzt werden. Denn eine konsequente Verkehrswende weg vom Auto ist nicht nur ein wichtiger Baustein für erfolgreichen Klimaschutz, sondern erhöht die Lebensqualität in der Stadt. Auch die Bedingungen für den im öffentlichen Interesse notwendigen Kfz-Verkehr müssen verbessert werden. Busse, die Müllabfuhr oder die Post kämpfen täglich mit dem

2. Grünes Neukölln

Neuköllner Verkehrschaos und der Lieferverkehr kann teilweise nur durch permanenten Regelverstoß seinen Auftrag erfüllen. Lärm und Feinstaub machen krank und treten in Neukölln in viel zu hohem Maße auf. Straßenbegrünung kann hier als effektiver Filter wirken, es braucht aber auch verkehrspolitische Maßnahmen, um diese Gesundheitsrisiken einzudämmen.

Darüber hinaus wollen wir ein gesundes Umfeld für alle schaffen: Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, gutes Kita- und Schulesen, flächendeckende medizinische Versorgung und eine neue Ausrichtung in der Drogen- und Suchtpolitik. Wir setzen auf Prävention, Hilfen und den Ausbau von Möglichkeiten – für ein gutes und gesundes Leben für alle Neuköllner*innen, unabhängig von Alter und Lebenslage.

2.1. Gutes Klima und mehr Natur in Neukölln – Konzepte entwickeln und Bürger*innen beteiligen

Klima intelligent und nachhaltig schützen – ein Klimaschutzkonzept entwickeln

Gerade die Bezirksebene ist der Ort, an dem ganz konkret gezeigt werden muss, wie Klimaschutz und eine soziale Stadtentwicklung zusammenpassen. Wo, wenn nicht bei uns, können Innovation, Partizipation und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Klimaschutz verbunden werden? Von Seiten der Bundesregierung gibt es Millionen für Kommunen, um deren Kieze behutsam energetisch zu sanieren, effizient und gleichzeitig günstig zu bebauen, um erneuerbare Energien zu nutzen oder um das Umweltmanagement zu verbessern. Als Vorbedingung wird lediglich ein Klimaschutzkonzept gefordert – und selbst für dessen Erstellung gibt es Hilfen. Doch in Neukölln passiert kaum etwas: Die große Koalition im Bezirk ignoriert das wichtige Thema Klimaschutz konsequent.

Mit uns wird es in Neukölln endlich ein Konzept geben, das als Grundlage für einen intelligenten und nachhaltigen Klimaschutz dient. Für Neukölln ist das besonders günstig: Durch die Nutzung von Fördergeldern führen kleine Investitionen zu großen Einsparungen für den Bezirk und für alle Neuköllner*innen.

Volles Programm Neukölln

Mehr Grün für alle – gemeinsam (Stadt)Natur schützen und fördern

Der rot-schwarze Senat hat bei seinem Antritt 10.000 zusätzliche Straßenbäume bis 2016 versprochen. Die Realität zeigt, dass durch die Neupflanzungen in vielen Bezirken nicht mal der Ersatz für die gefälltten Bäume realisiert wird. Von zusätzlichen Bäumen sind wir weit entfernt. Unsere Minimalforderung lautet deshalb: Wir wollen die 10.000 versprochenen Bäume und eine Neupflanzung für jede zukünftige Baumfällung – und zwar in Nachbarschaft der gefälltten Bäume!

Parks und Grünanlagen im Neuköllner Norden werden kontinuierlich übernutzt, da es hier ein großes Flächendefizit gibt. Inzwischen hat die Bevölkerungsdichte im schon sehr dicht besiedelten Neuköllner Norden deutlich zugenommen. Deshalb verschärft sich die Situation weiter. Die Wiesen des Tempelhofer Feldes führen zwar zu einer Entlastung der innerbezirklichen Grünanlagen, können aber den Bedarf nicht komplett auffangen.

Kleingärten als besondere Form von Grünflächen können hier zu einer weiteren Entlastung beitragen und grüne Lebensqualität sichern. Hierfür sollten die Anlagen, wie in Teilen schon der Fall, auch besser für die Öffentlichkeit nutzbar und zugänglich sein.

Neuköllner*innen können auch selbst zur Rückgewinnung von Natur beitragen, indem sie sich für Baumscheiben, Fassaden- und Hofbegrünungen oder in Nachbarschaftsgärten engagieren. Der Bezirk bietet an vielen Stellen Raum zur Naturentwicklung und Platz für kleine und größere Biotop. Diese Flächen sind wertvoll, weil sie vielen Tieren Nahrung und Lebensraum bieten. Die vielen Neuköllner*innen, die im öffentlichen Raum aktiv sind, tragen zur Verbesserung der Attraktivität und zur Erhöhung der Biodiversität im Stadtraum bei. Bürgerschaftliches Engagement muss Unterstützung und Anerkennung durch den Bezirk erhalten. Wir wollen die Zerstörung von Baumscheibeneinfassungen durch das Bezirksamt endlich stoppen. Ein Grünes Ziel ist es, partizipative Beteiligung zu fördern. Wir wollen Selbsthilfe nicht im Keim ersticken, sondern nachhaltig fördern.

Ein solches Engagement darf jedoch nicht als Ersatz für die Finanzierung bezirklicher Aufgaben gesehen werden. Das Straßen- und Grünflächenamt ist inzwischen so kleingespart, dass angemessene, werterhaltende Grünpflege nur noch punktuell möglich ist. Es muss zukünftig eine auskömmliche Personaldecke fi-

2. Grünes Neukölln

nanziert werden, damit eine werterhaltende Pflege im gesamten Bezirk möglich wird und auch die bezirklichen Aufgaben bei der Pflege und der Entwicklung von Schutzgebieten wahrgenommen werden können.

Es müssen Nutzungs- und Pflegekonzepte entwickelt werden, die bürgerschaftliches Engagement und bezirkliche Leistungen bündeln und steuern. Eine solche Grünflächenpflege bedeutet auch, dass die Informationen über das Fällen von Bäumen oder Neubepflanzungen öffentlich zugänglich sein müssen. Das würde zu mehr Transparenz führen und dazu beitragen, dass sorgsamer mit unseren Grünflächen umgegangen wird.

Pflege und Erhalt von Grünflächen tragen über die direkte Wirkung auf das städtische Mikroklima aktiv zum Klimaschutz bei und verringern die Luftbelastung. Insbesondere Pflanzen an Fassaden filtern Schadstoffe, erhöhen die Luftfeuchtigkeit und binden nebenbei noch Kohlendioxid. Mit uns geht der Bezirk voran: In den kommenden Jahren wollen wir mindestens fünf Prozent der Fassaden bezirklicher Gebäude begrünen.

Die Dächer von Bezirksimmobilien sollen auch verstärkt als Standorte für die Haltung von Bienen bereitgestellt werden und so dem Natur- und Artenschutz dienen. Denn Bienen tragen wesentlich zum Erhalt der Artenvielfalt bei und ein Großteil unserer Nahrungsmittel würde ohne sie keine Früchte tragen. Die Zahl der Bienenvölker in Neukölln wollen wir in Kooperation mit unseren Schulen deutlich erhöhen. Es sollen darüber hinaus öffentliche Flächen zur Verfügung gestellt werden, wenn Imker*innen Platz für Bienenhaltung benötigen.

Bei Umgestaltungsarbeiten sollen in Zukunft vorrangig essbare Pflanzen, Obstgehölze und Bienenweiden gepflanzt werden, soweit Gartendenkmalschutzgründe dem nicht widersprechen. Parks und Grünflächen können so zu attraktiven Obstlieferanten für die Bewohner*innen der Stadt werden.

Ein weiteres Ziel unserer nachhaltigen Umweltschutzpolitik ist es, den Bodenschutz zu fördern und den Flächenverbrauch zu minimieren. Das ist im städtischen Raum schwer. Es sollte aber versucht werden, geeignete Flächenpotenziale zu nutzen, um Bodenversiegelung zu beseitigen und Beton und Asphalt zu entfernen, zum Beispiel im Rahmen von Hofentsiegelungen. Boden bekommt so wieder Luft zum Atmen. Regen kann versickern, was die Kanalisation entlastet und die Gefahr des Überlaufens in die Berliner Kanäle verringert. Das würde dem massiven Fischsterben entgegenwirken.

Volles Programm Neukölln

Wenn durch Baumaßnahmen Flächen versiegelt werden, sollte immer ein Ersatz geschaffen werden, zum Beispiel in Form von Dachbegrünungen. Dabei sind vor allem Dächer zu bevorzugen, die später auch genutzt werden können.

Naturschutz- und Erholungsgebiet bewahren – 100 Prozent Tempelhofer Feld erhalten

Wir Grüne haben uns gemeinsam mit vielen Berliner*innen für den Erfolg des Volksbegehrens „100 Prozent Tempelhofer Feld“ eingesetzt. Wir sind froh, dass es gelungen ist, die Fläche als Erholungslandschaft für ganz Berlin zu sichern.

Für uns steht außer Frage, dass wir dieses Kleinod als Erholungs- und Naturschutzfläche bewahren wollen. Auch die Nutzung von Teilbereichen als Experimentierfeld für neue Formen von Umwelterlebnis und Naturerfahrung muss gesichert bleiben. Die Pionierprojekte auf der Neuköllner Feldseite haben inzwischen zu internationaler Beachtung beigetragen und sind ein fester schützenswerter Bestandteil der Flächennutzung.

Eine behutsame Ergänzung durch Infrastruktur (Bänke, Toiletten) und schatten spendende Bäume in ausgewählten Randbereichen können dazu beitragen, die Flächen für alle Generationen attraktiver zu gestalten.

2.2. Verkehr in Neukölln – vom Menschen aus denken

Verkehr nachhaltig gestalten – Fahrrad und ÖPNV für alle attraktiv machen

Immer mehr Menschen nutzen auch in Neukölln das Fahrrad, doch für viele ist der Umstieg aus Gründen der Sicherheit oder Bequemlichkeit noch keine Option. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode die Bedingungen zum Radfahren in unserem Bezirk spürbar verbessern. Deshalb unterstützen wir den „Volksentscheid Fahrrad“, damit unser Engagement in Neukölln von der Landesebene die richtige Unterstützung erhält.

2. Grünes Neukölln

Niemand lässt sein Fahrrad gerne an Verkehrszeichen und Laternen zurück. Der Mangel an Ständern und Bügeln macht das aber noch viel zu oft notwendig. Deshalb wollen wir Bürger*innen die Möglichkeit geben, ihren Bedarf an Stellplätzen online anzumelden, damit der Bezirk dort Stellplätze errichten kann, wo sie gebraucht werden. Der Bedarf an allen S- und vielen U-Bahnhöfen im Bezirk ist jetzt schon deutlich. An geeigneten Umsteigebahnhöfen wollen wir Parkhäuser für Fahrräder schaffen, damit den Menschen der Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln noch leichter fällt. Dort, wo kein anderer Platz vorhanden ist, wollen wir Autoparkplätze in Fahrradstellplätze umwandeln, denn wo ein Auto steht, können rund ein Dutzend Fahrräder Platz finden.

Als Projekt mit Vorbildcharakter wollen wir für den Bezirk die Anschaffung von Lastenfahrrädern organisieren. Mit diesen können Aktentransporte zwischen einzelnen Verwaltungsstandorten und kleinere Besorgungen im Bezirk erledigt werden, für die bisher Autos eingesetzt werden. Zudem wollen wir ein Netz von Fahrradschnellwegen aufbauen, das an den Berliner Mauerweg anschließt. Autos sind bei gemeinsamer Straßennutzung häufig eine Gefahr für den Fahrradverkehr. In der Folge weichen Radfahrende häufig auf Gehsteige aus und es entstehen Nutzungskonflikte mit Fußgänger*innen. Grobes und schlecht befahrbares Kopfsteinpflaster führt ebenfalls zu entsprechendem Ausweichverhalten. Daher kommen verbesserte Bedingungen für Radfahrende in gleichem Maße auch Fußgänger*innen zugute.

Auf den großen Verbindungsstraßen müssen Fahrradstreifen oder für Radfahrende benutzbare Busspuren mittelfristig zum Regelfall werden. Wir wissen, dass dieses Projekt eine längere Umsetzungszeit erfordert, da neben dem Bezirk auch die zentrale Verkehrslenkung Berlin zustimmen muss. Die bisherigen Erfahrungen von uns Grünen und Lobbyorganisationen stimmen uns aber optimistisch. Erste Erfolge sind zu verbuchen: die Karl-Marx-Straße erhält beidseitig Radstreifen, die Fahrbahn der Donaustraße soll asphaltiert werden, die Weichselstraße soll bald folgen. Auch beim Thema Fahrradstraße gab es unter anderem am Weigandufer wichtige Erfolge. Damit ist ein Anfang gemacht.

Wir wollen für weitere Fahrradstraßen streiten, die beispielhaft zeigen, wie Stadtverkehr anders und besser funktionieren kann. Die genaue Ausgestaltung sollte mittels eines Beteiligungsprozesses erfolgen. Wir brauchen ebenso weitere Querverbindungen durch die Kieze. Sonnenallee und Hermannstraße müssen gefahrlos durch Radfahrende genutzt werden können. Es muss bis 2021 möglich sein, mit dem Fahrrad von Buckow, Britz und Rudow bis zum Hermannplatz durchge-

Volles Programm Neukölln

hend sicher auf einem Fahrradweg oder Fahrradstreifen zu fahren. Die vorhandenen Fahrradrouten müssen ordentlich ausgeschildert werden.

Wir wollen gezielt weitere Straßen ertüchtigen und prüfen, an welchen Stellen wir auch mit vergleichsweise preiswerten Maßnahmen wie Teilasphaltierungen spürbare Verbesserungen erreichen können. Gleichzeitig wollen wir den Anteil an Tiefbaumitteln, die dem Rad- und Fußgänger*innenverkehr zugutekommen, deutlich steigern. Dabei wollen wir Planung und Prioritätensetzung transparent machen und gemeinsam mit sachkundigen Neuköllner*innen, Verbänden und Initiativen gemeinsam erarbeiten. Der bezirkliche Fahr-Rat, ein zu diesem Zweck gegründeter Beirat, ist eingeschlafen und hat seit Jahren nicht mehr getagt. Das wollen wir ändern und den Fahr-Rat zum Schrittmacher für ein fahrradfreundliches Neukölln weiterentwickeln. Auf unseren Druck hin beteiligte sich Neukölln am Klimaschutz-Wettbewerb des Bundesumweltministeriums zur Förderung der Fahrradinfrastruktur. Wir wollen auch in Zukunft verstärkt Mittel für diesen Zweck beantragen, zum Beispiel für einen Modellkiez „Fahrradfreundliches Rixdorf“.

Natürlich wollen wir auch den ÖPNV stärken und verbessern. Wir Grüne fordern die Rückkehr der traditionellen Straßenbahn nach Neukölln und werden uns dafür beim Senat einsetzen. Priorität hat insbesondere die angedachte Straßenbahnlinie von der Warschauer Straße zum Hermannplatz. Aber auch eine Tram von Adlershof zur Rudower Spinne steht auf unserem Wunschzettel für ein grünes Neukölln. Doch auch die Verbesserung der Situation der Busse – gerade auf den derzeit überfüllten Linien M 41 und M 29 – ist uns ein Anliegen. Dazu sollen Busspuren und Haltestellenkaps ausgeweitet werden.

Der U-Bahnhof Rudow wird gerade für teuer Geld umgebaut, um es den Fahrgästen der U7 zu erleichtern, auf Busse umzusteigen, um zum Flughafen BER zu gelangen. Das ist aber keine Dauerlösung. Sollte der neue Flughafen Schönefeld jemals in Betrieb gehen, droht an der Rudower Spinne der Verkehrsinfarkt. Deshalb fordern wir die Verlängerung der U7 nach Schönefeld.

Verkehrssicherheit für alle – gezielte Baumaßnahmen umsetzen, Verkehrsregeln konsequent durchsetzen

Wir wollen die Sicherheit durch eine konsequente Reduzierung der Geschwindigkeit in Wohngebieten erhöhen, mit ausgedehnteren Tempo-30-Zonen auch auf

2. Grünes Neukölln

Hauptstraßen. Verkehrsschilder reichen dabei nicht aus. Durch geeignete bauliche Maßnahmen soll der Verkehr in den Kiezen beruhigt und der Durchgangsverkehr möglichst herausgehalten werden – zum Beispiel durch enge Radien für langsame Abbiegevorgänge, Fahrbahnverswenkungen, Aufpflasterungen, Gehwegvorstreckungen oder auch Einbahnstraßenregelungen.

Insbesondere wollen wir an Unfallschwerpunkten wie dem Hermannplatz mit baulichen Maßnahmen und Änderungen der Verkehrsführung tätig werden, um diese Straßen und Plätze sicherer zu machen. Dazu wollen wir auch auf die Verkehrslenkung Berlin einwirken.

Auch die Durchsetzung existierender Verkehrsregeln trägt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei. So müssen das Parken in zweiter Reihe auf Bus- und Fahrradspuren sowie an Einfahrten von Fahrradwegen unterbunden und die Tempolimits stärker kontrolliert werden.

Viele Gehwege sind in katastrophalem Zustand und stellen eine Gefahr dar, insbesondere für Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung. Neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung für die Sanierung von Gehwegen wollen wir den Fußverkehr auch durch gezielte Maßnahmen sicherer und barrierefrei machen.

Wo immer Kreuzungen ohnehin umgebaut werden, wollen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören etwa Absenkungen von Bordsteinen, die ein Überqueren mit Kinderwagen oder Rollstuhl erleichtern, oder taktile Leitsysteme – also Rillen und Noppen im Bodenbelag – für Menschen mit einer Sehbehinderung. Außerdem wollen wir die Möglichkeiten für Falschparken in Übergangsbereichen beseitigen.

Zurzeit lässt sich das Tempelhofer Feld nicht barrierefrei erreichen. Nach dem umgebauten U-Bahnhof Boddinstraße ist für Menschen im Rollstuhl oder mit Kinderwagen Schluss. Das wollen wir durch eine barrierefreie Verbindung zwischen der Hermannstraße und dem Flugfeld ändern.

Belastung durch Verkehr senken – Luftverschmutzung und Lärmbelastung bekämpfen

Jahr für Jahr gehören Neuköllner Straßen zu den am stärksten mit Feinstaub belasteten. Dieser Entwicklung müssen wir entgegensteuern: mit besserer Verkehrs-

Volles Programm Neukölln

und Stadtplanung, Geschwindigkeitsbegrenzungen und mehr Straßenbäumen. Denn Luftverschmutzung und Lärmbelastung machen die Menschen in der Stadt krank und stellen eine erhebliche Gesundheitsgefahr für die Neuköllner*innen dar.

Die A 100 wird trotz allem Widerstand realisiert. Mit der Autobahn kommen auch ihre negativen Begleiterscheinungen. Umso wichtiger ist es, rechtzeitig die erforderlichen Entlastungsmaßnahmen auf anderen Straßen anzugehen und stadtverträgliche Maßnahmen für den zu erwartenden Zubringerverkehr zu treffen. Dazu gehören ein durchdachtes Verkehrslenkungskonzept und ausreichende Lärmschutzmaßnahmen.

2.3. Gesundes Neukölln – Prävention und gute Versorgung in allen Lebenslagen

Gesundheit fördern – gute Ernährung und ausreichend Bewegung in jedem Alter

Erfolgreiche Gesundheitsförderung setzt voraus, dass wir ein Lebensumfeld schaffen, in dem Menschen gesund leben können. Das gilt für alle Lebensabschnitte, besonders aber für Senior*innen sowie für Kinder und Jugendliche.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendliche täglich ein gutes Mittagessen in der Kita oder Schule erhalten und das Thema Ernährung sich im Schul- und Kitaalltag stärker wiederfindet. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass bei der Verpflegung in allen öffentlichen Einrichtungen der Anteil von biologisch angebaute, regionalen und fair gehandelten Produkten erhöht und das Angebot veganer und vegetarischer Kost erweitert wird.

Wir machen uns stark für eine vielfältige Sport-, Spiel- und Bewegungskultur, denn auch das Bedürfnis der Neuköllner*innen, selbst organisiert oder in einem Verein Sport zu treiben, ist vielfältig. Das zuverlässige und breite Vereinsangebot leistet einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Integration und zum Gesundheitsschutz.

2. Grünes Neukölln

Um vor allem Kindern und Jugendlichen genügend Möglichkeiten zu geben, Sport zu treiben, wollen wir Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und Sportvereinen verbessern. Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche müssen in der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung mitgedacht werden.

Auch die Neuköllner Schwimmbäder sind wichtige Sport- und Erholungsstätten. Leider sind die Eintrittspreise sehr hoch und die regelmäßige Nutzung ist deshalb vielen Neuköllner*innen nicht möglich. Zu den ohnehin schon hohen Preisen kommt im Stadtbad noch der Warmbadezuschlag dazu. Wir setzen uns auf Landesebene für seine Abschaffung ein.

Gesundheit erhalten – medizinische Unterversorgung beenden

Die ärztliche Versorgung in Neukölln muss dringend verbessert werden. Neukölln ist der Bezirk mit der schlechtesten ärztlichen Versorgung in ganz Berlin. Gleichzeitig sind andere Stadtteile deutlich überversorgt. Wir begrüßen deshalb die Vereinbarung von 2013 zwischen Kassenärzt*innen, Krankenkassen und dem Senat, die vorsieht, dass Praxisverlegungen nur noch dann zugelassen werden, wenn sie von einem Bezirk mit höherem in einen Bezirk mit niedrigerem Versorgungsgrad erfolgen. Auch die Berücksichtigung der Sozialstruktur bei der Versorgung durch Haus- und Kinderärzt*innen begrüßen wir.

Allerdings hat sich die Situation seit der Vereinbarung kaum verändert. Darum ist zweierlei dringend notwendig: Zum einen muss die bisherige Vereinbarung verbessert werden. Künftig soll sich neben der Verteilung der Haus- und Kinderärzt*innen auch die Verteilung aller anderen Ärzt*innengruppen an der Sozialstruktur orientieren. Außerdem braucht es Konzepte, wie die ärztliche Versorgung in unterversorgten Bezirken wie Neukölln verbessert werden kann, auch wenn keine Ärzt*innen aus anderen Bezirken einen Umzug planen. Diese Debatte muss der Senat schon jetzt im gemeinsamen Landesausschuss mit den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung beginnen. Ansonsten wird sich die Situation auf Jahre und Jahrzehnte nicht verbessern.

Auch das für Neukölln zentrale Vivantes Klinikum ist seit langem überlastet. Knapp 80.000 Menschen wurden 2014 in der Notaufnahmestelle versorgt. Ursprünglich war die Rettungsstelle auf ein Drittel dieser Zahl ausgelegt. Wir unterstützen deshalb die Pläne, die Klinik durch einen Anbau zu erweitern, um in Zukunft eine gute und verlässliche Rettungsstelle in Neukölln zu haben.

Volles Programm Neukölln

Gescheiterte Sucht- und Drogenpolitik ändern – für Prävention und Beratung statt Repression

Die bisherige Sucht- und Drogenpolitik ist gescheitert. Immer mehr Polizei und Repression gegen Konsument*innen und kleine Händler*innen haben nichts gebracht. Indem Innensenator Henkel und Stadtrat Liecke diesen Umstand konsequent leugnen, verschärfen sie das Problem. Handel und Konsum gehen unvermindert weiter, völlig unkontrolliert und ohne die Möglichkeit, vor allem Kinder und Jugendliche zu schützen. Die Hasenheide und die Linie U 8 haben sich zu einem zentralen Umschlagplatz entwickelt. Mehr Repression führt nur dazu, dass Dealer*innen und Konsument*innen in die umliegenden Wohnviertel ausweichen.

Wir brauchen einen neuen Ansatz in der Sucht- und Drogenpolitik. Die Kriminalisierung von Konsument*innen lehnen wir ab. Wir fordern einen Coffee-Shop für Neukölln, in dem Cannabis legal und kontrolliert an Erwachsene abgegeben wird. Wir unterstützen die Legalisierung von Cannabis auf Landes- und Bundesebene und wollen prüfen, ob in Neukölln ein Modellversuch zur legalen Abgabe genehmigt werden könnte.

Doch auch bei anderen illegalen Drogen ist die repressive Politik gescheitert. Leider lehnt das Bezirksamt noch immer die Einrichtung eines Druckraumes ab. Drogenabhängige werden so gezwungen, die Drogen unter verheerenden Umständen zu konsumieren. Dem wollen wir ein Ende setzen. Abhängige brauchen einen Raum, in dem sie mit sterilen Spritzen versorgt und beraten werden. Hier ist es auch möglich, Wege aufzuzeigen, wie sich Suchtkranke aus der Abhängigkeit befreien können.

Auch den Missbrauch von Alkohol und Tabak wollen wir weiter bekämpfen. Vor allem Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Wir unterstützen daher Projekte zur Aufklärung und Präventionsprogramme wie die vom Bezirksamt entwickelte Initiative KAFKA, „Kein-Alkohol-für-Kinder-Aktion“. Ziel der Initiative ist die Sensibilisierung und Aufklärung von Verkaufsstellen, um die Abgabe von Alkohol an Minderjährige einzudämmen.

Ein weiteres zentrales Problem im Bezirk bleibt auch die Spielsucht. Die Zahl von Spielhallen, Wettbüros oder Spielautomaten in Kneipen und Imbissen ist immer noch hoch. Wir treten weiterhin für eine Verringerung ein und wollen uns für eine Aufklärung über Spielsucht einsetzen.

3. NEUKÖLLN FÜR ALLE – CHANCEN SCHAFFEN, MÖGLICHKEITEN NUTZEN

Wir sind überzeugt, dass Menschen ihr Leben in die Hand nehmen und es gestalten wollen. Leider müssen wir erkennen: Vielen werden Chancen genommen und Steine in den Weg gelegt. Wir Grüne wollen diese Blockaden abbauen und Menschen die Möglichkeit geben, sich frei zu entfalten.

Kinder sind wissbegierig und wollen lernen, leider werden sie viel zu oft schon in den ersten Lebensjahren ihrer Chancen beraubt. Wir akzeptieren nicht, dass Kinderarmut in unserem Bezirk so weit verbreitet ist und wollen ihr mit einem Netzwerk gegen Kinderarmut entgegentreten. Kinder haben ein Recht auf soziale Teilhabe. Um das zu ermöglichen, müssen wir den Kitausbau schneller vorantreiben und die Jugendarbeit besser finanzieren. Gleiches gilt für die Schulen im Bezirk. Unser Ziel ist, Schulen zu Bildungszentren zu machen, in denen Kinder und Jugendliche die Chance haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Dazu sollen alle Kinder und Jugendliche individuelle Förderung erfahren und ihre Persönlichkeit entfalten können. Statt früher Selektion und Ausgrenzung wollen wir Inklusion und gemeinsames Lernen. Für uns hat darum bei der Schulbedarfsplanung und dem Bau neuer Schulen die inklusive Gemeinschaftsschule Vorrang.

Diskriminierung, Benachteiligung und Ausgrenzung an Neuköllner Schulen treten wir entschieden entgegen. Wir begrüßen den Modellversuch einer Antidiskriminierungsstelle in Neukölln, an die sich Eltern und Schüler*innen wenden können, ohne Angst haben zu müssen, dass sich die Beschwerde auf die schulischen Chancen auswirkt. Wir wollen darüber hinaus aber noch weitere Maßnahmen ergreifen. Damit die Vielfalt an Neuköllner Schulen in Zukunft als das wahrgenommen und gelebt wird was sie ist: eine Chance für alle Schüler*innen und eine Bereicherung für unseren Bezirk.

Neukölln ist ein Bezirk, der von der Kreativität der Menschen lebt. Die hiesigen Betriebe sind erfolgreich, weil Unternehmer*innen Chancen erkennen und Möglichkeiten nutzen. Es hat sich eine Kreativ- und Gründer*innen-Szene etabliert,

Volles Programm Neukölln

die mit Elan neue Projekte vorantreibt. Genau diese kleinen und mittleren Unternehmen sind die wirtschaftliche Zukunft des Bezirks. Wir wollen sie unterstützen, um durch attraktive Jobs Menschen im Bezirk neue Möglichkeiten zu eröffnen. Das gilt insbesondere für die migrantische Ökonomie, die eine wichtige Säule des Neuköllner Wirtschaftslebens ist. Neben diesen Unternehmer*innen leben in Neukölln viele Menschen, die sich einbringen wollen, aber keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Um ihnen zu helfen, wollen wir ein Jobcenter schaffen, das mit individueller Unterstützung neue Perspektiven eröffnet.

Von einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind wir leider noch weit entfernt, auch in Neukölln. Noch immer werden Frauen täglich ihrer Möglichkeiten beraubt. Dabei haben wir so viele starke Frauen, die Neukölln erst am Laufen halten. Auch queere Menschen sind eine große Bereicherung für uns. Aber auch sie können sich nach wie vor in Neukölln nicht frei entfalten. Wir freuen uns über eine wachsende queere Szene im Norden des Bezirks. Dies täuscht aber nicht darüber hinweg, dass queere Menschen nach wie vor unter Diskriminierung und Gewalt leiden.

Auch Senior*innen werden viel zu häufig ausgegrenzt. Genau das wollen wir nicht länger akzeptieren. Denn häufig geht es nur um eine bessere Infrastruktur und kleinere Hilfen, um Menschen zu ermöglichen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Daher wollen wir für und mit diesen Gruppen Schutzräume sichern und neue Freiräume erkämpfen.

Wir glauben an die Menschen in unserem Bezirk. Die Neuköllner*innen können so viel und haben so viel zu bieten. Die Blockaden, die sie einschränken, können und wollen wir nicht akzeptieren. Wir kämpfen dafür, allen eine Chance zu geben, sich in Neukölln zu verwirklichen.

3.1. Wege ins Leben öffnen und Familien stärken – gute Bildung und soziale Absicherung

Kinderarmut bekämpfen – Netzwerke schaffen

Kinderarmut ist in Neukölln weit verbreitet. In unserem Bezirk lebt die Hälfte der Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II (Hartz IV). Besonders hoch ist

3. Neukölln für alle

das Armutsrisiko für Alleinerziehende und für Familien mit vielen Kindern. Die materielle Armut führt häufig dazu, dass die Gesundheit der Kinder schon früh leidet, dass sie von sozialer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen sind und ihre Bildungschancen sinken. Da in Deutschland die Verbindung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg besonders deutlich ist, wächst über die Generationen die Gefahr, dass sich Armut verfestigt. Chancengerechtigkeit für junge Menschen ist aber nicht zum Nulltarif zu erreichen. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, muss ein Netzwerk gegen Kinderarmut geschaffen werden, in dem die unterschiedlichen Verwaltungen, Institutionen, Organisationen und Gruppen, die mit den Familien zu tun haben, in abgestimmter Weise Hilfe und Begleitung organisieren. Dafür muss insbesondere die harte Abgrenzung der Zuständigkeiten aufgebrochen werden, damit die Verwaltung Armut erfolgreicher bekämpfen kann.

Ankerpunkte in der Nähe – Familienzentren finanziell absichern und Familien-Service-Büros einrichten

Das Bild von Familie ist vielfältig geworden. Ob Regenbogen-, Alleinerziehenden-, Patchwork-, Groß- oder Pflegefamilien – eins eint alle Familien: Sie sind mit einer Vielzahl von Anforderungen konfrontiert und häufig fehlt ihnen ein ausreichendes Unterstützungsnetz. Deshalb sind Familienzentren wichtige Ankerpunkte, um sich Informationen, Rat und Hilfe zu holen, sich ein Netz für die Alltagsbewältigung zu schaffen und Gleichgesinnte zu treffen, um die Freizeit zu gestalten und für Verbesserungen im Kiez einzutreten. Neben der Arbeit der festen Fachkräfte sollten dort auch die Angebote anderer Träger und Initiativen aus dem Sozialraum angebunden und für alle nutzbar sein.

In Neukölln sind Familienzentren häufig mit nur einer Teilzeitstelle an Kitas angedockt oder finanziell nicht langfristig gesichert, sodass die verschiedenen Fördermittel jedes Jahr neu beantragt werden müssen. Damit eine umfassende Arbeit für alle Familien im Kiez mit Kindern aller Altersklassen geleistet werden kann, braucht es gut ausgestattete Familienzentren. Wir fordern daher, dass Familienzentren fest über den Neuköllner Bezirkshaushalt abgesichert werden. Darüber hinaus müssen längerfristig weitere gut ausgestattete Zentren eingerichtet werden, damit jede Familie in Neukölln ein Angebot in ihrer Nähe finden kann. Wir unterstützen deshalb den Bau des Familienhauses an der Karl-Marx-Straße und die Erweiterung des Standortes des Kinder- und Elternzentrums in der Reuterstraße. Die Stadtteilmütter sind für uns eine Institution in Neukölln und eine

Volles Programm Neukölln

wichtige Brücke der Integration. Wir wollen dafür sorgen, dass die Stadtteilmütter dauerhaft finanziell abgesichert werden.

Gleichzeitig müssen Familien einfacheren Zugang zu allen Leistungen der Verwaltung erhalten. Dafür wollen wir ein Familien-Service-Büro einrichten, in dem Familien konkret unterstützt werden. Ob Kindergeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass, Förderangebote oder Ummeldungen – der aktuell bestehende Hürdenlauf von einem Amt zum nächsten ist Familien schlicht nicht zuzumuten. Unser Ziel für die Familien-Service-Büros heißt: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten.

Beratung und Unterstützung zu jeder Zeit – Anspruch auf Hilfen zur Erziehung durchsetzen

Kinder haben per UN-Konvention ein Recht auf gewaltfreie Erziehung und eine geschützte Kindheit. Dabei darf es keine Rolle spielen, in welchem Kiez ein Kind aufwächst. Dem institutionalisierten Kinderschutz fällt die große Aufgabe zu, Kinder vor Gewalt zu schützen und Eltern zu einer verantwortungsvollen Erziehung zu befähigen. Diese Hilfen zur Erziehung sollten nicht länger nur als Finanzproblem diskutiert werden. Auf gute Hilfen haben alle Familien, die sie brauchen, einen gesetzlichen Anspruch. Ziel der Hilfen sollte sein, die Familien stark zu machen und ihre eigenen Kräfte zu mobilisieren. Dazu braucht es eine gute Beratung und ambulante wie stationäre Hilfen, die gemeinsam mit den Familien entwickelt und regelmäßig überprüft und angepasst werden. Eine Ausstattung der Jugendämter mit mehr Personal ist unerlässlich, um sich regelmäßig um jede Familie kümmern zu können und zu verhindern, dass Hilfen wirkungslos bleiben, weil die notwendigen Anpassungen nicht erfolgen können.

Bildungschancen für alle – Kitausbau vorantreiben

Die Zahl der Familien, die für ihre Kinder eine gute frühkindliche Betreuung und Förderung in Anspruch nehmen wollen, wächst. Inzwischen hat jedes Kind einen Rechtsanspruch, ab dem ersten Geburtstag einen Kitaplatz zu bekommen – auch wenn der Ausbau der Kitaplätze damit leider nicht Schritt hält. In Neukölln fehlen Kitaplätze gerade da, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den eng bebauten Innenbereichen Nordneuköllns. Leider kann der Bezirk hier nicht selbst Abhilfe schaffen, aber er muss Druck auf den Senat ausüben, damit das Angebot an den Bedarf angepasst wird. Das Reden über Chancengerechtigkeit für alle Kinder bleibt hohl, wenn die Bildungsversprechen nicht für alle Kinder eingelöst werden.

3. Neukölln für alle

Gleichzeitig setzen wir uns auch für eine bessere Bezahlung der Erzieher*innen ein, denn sie leisten eine wichtige Arbeit. Und schon jetzt sind gut ausgebildete Erzieher*innen Mangelware, was auch und gerade in Neuköllner Einrichtungen zu spüren ist.

Die Arbeitswelt verlangt heute eine hohe Flexibilität. Die Angebote der Kinderbetreuung können dem aber nicht immer folgen und für einige Familien sind die Betreuungszeiten der Kitas nicht ausreichend. Es müssen Netzwerk- und Lots*innendienste geschaffen werden, die Familien mit Abhol- und Bringdiensten und der Betreuung der Kinder in ihrem Wohnumfeld unterstützen.

Austoben ohne Angst vor Müll und Dreck – saubere Spielplätze in Neukölln

Kinder brauchen Platz! In Neukölln gibt es sehr schöne Spielplätze, aber leider zu wenige. Neukölln liegt mit seinem Flächenanteil für Spielplätze pro Kind im Bezirk weit unter dem Berliner Durchschnitt. Gerade in der engen Bebauung des Nordens fehlt es an Flächen, auf denen Kinder ungefährdet ihrem Bewegungsdrang freien Lauf lassen können. Bei Wohnungsneubau müssen öffentliche Spielflächen von Anfang an eingeplant werden. Spielplätze müssen geschützt werden. Es ist unverständlich, warum in Neukölln auf Spielplätzen immer noch geraucht und Alkohol getrunken werden darf. Gerade der dabei entstehende Müll gefährdet Kinder beim Spielen.

Entwicklung ermöglichen – Jugendarbeit auf solide Füße stellen

Die Finanzierung der Jugendarbeit muss endlich dauerhaft gesichert werden. Die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen werden immer weiter finanziell ausgedünnt. In den letzten Jahren wurden in Berlin Millionen Euro aus dem Bereich weggespart. Diese Entwicklung muss wieder umgekehrt werden! Um die Talente junger Menschen zu fördern, ihre Interessen zu wecken und ihnen Austausch untereinander zu ermöglichen, ist die Bereitstellung von selbstbestimmtem Freiraum unerlässlich. Es braucht niedrigschwellige Anlaufpunkte für Kinder und Jugendliche in den Kiezen, in denen sie leben. Gruppenaktivitäten stärken soziale Kompetenzen, helfen Vorurteile zu überwinden und trainieren die demokratische Wahrnehmung von eigenen und Gruppeninteressen.

Volles Programm Neukölln

Etwas zu sagen haben – Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Neukölln ist auch ein Bezirk der jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sollten in allen sie betreffenden Fragen mitbestimmen. Von der Spielplatzausstattung über die Stadt- und Verkehrsplanung bis hin zur Gestaltung des öffentlichen Raumes: Wir brauchen mehr nachhaltige Strukturen für Beteiligungsprozesse von Kindern und Jugendlichen! Partizipation darf keine Showveranstaltung sein, mit der sich Erwachsene schmücken. Mit jeder Einsparung im Bereich der Kinder- und Jugendförderung versiegen auch unverzichtbare Mitbestimmungs- und Beteiligungsstrukturen. Daher braucht es pädagogisches Personal, für das Beteiligung von Kindern selbstverständlich ist, genauso wie Politiker*innen, die die Perspektive junger Menschen von der Bezirksverordnetenversammlung bis in die Senats-ebene in Entscheidungsprozesse mit einfließen lassen. Das Neuköllner Kinder- und Jugendbüro soll auch in Zukunft ein Ort sein, in dem sich junge Menschen informieren, weiterbilden, beteiligen und auch bezirksübergreifend vernetzen können. Nur mit ernstgemeinten und nachhaltigen Beteiligungsstrukturen haben junge Menschen die Chance, bereits frühzeitig den eigenen Einfluss zu erfahren und zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranzuwachsen.

Eine neuköllnweite Evaluation der bestehenden Partizipationsstrukturen und -netzwerke sehen wir als eine wichtige Voraussetzung, um Beteiligungsformen zu etablieren und nachhaltig zu stärken, die den echten Bedarf junger Neuköllner*innen treffen.

Gemeinsam lernen – inklusiv und ganztags

Die Schule soll gleichermaßen ein Ort des Lernens und des Lebens sein, an dem Kinder und Jugendliche Respekt, Toleranz, Anerkennung, Wertschätzung und Motivation erfahren, interkulturelle Kompetenzen erwerben und Demokratie (er-)leben. Wir Grüne denken Schule als Bildungszentrum im Kiez, in dem kein Kind zurückbleiben darf.

Doch um allen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, müssen sich die Schulen verändern. Das Ziel schulischer Bildung muss sein, die individuellen Fähigkeiten der einzelnen Schüler*innen optimal zu entwickeln. Noch immer verlassen zu viele Schüler*innen in Neukölln die Schule ohne Abschluss. Dabei müssen das individuelle Tempo und die unterschiedliche Art des Lernens berück-

3. Neukölln für alle

sichtigt werden. Individuelle Förderung braucht Zeit, Raum und vor allem mehr Lehrkräfte – gut ausgebildet und mit interkultureller Kompetenz. Seit Jahren erreicht Neukölln in allen Schularten nicht die vorgegebene Zahl an Lehrer*innen. Ständiger Unterrichtsausfall, der Ausfall von Teilungs- und Förderunterricht und fachfremder Unterricht schon fast als Regel müssen aufhören, wenn eine angemessene Förderung aller Schüler*innen gelingen soll.

Um ein gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen zu ermöglichen, unterstützen wir den Ausbau von Neuköllner Schulen zu inklusiven Ganztagschulen. Wir fordern, dass Schulsozialarbeit an allen Schulen zur Regel wird, denn Inklusion und Ganztagesbetrieb sind ohne die vielen Schulhelfer*innen und Pädagog*innen nicht erfolgreich umzusetzen. Auch ein umfassendes Inklusionskonzept für Neukölln ist längst überfällig.

Darüber hinaus kann Inklusion nur gelingen, wenn alle Schüler*innen die Möglichkeit haben, gemeinsam zu lernen. Bei den Grundschulen darf es nicht weiter zu einer Entwicklung kommen, bei der so genannte bildungsnahe Eltern vor allem im Norden Neuköllns die Grundschule in ihrem Kiez meiden und ihre Kinder in Schulen in anderen Bezirken anmelden. Wir wollen die Kiezscheule für alle.

Mittelfristig soll die Gemeinschaftsschule zur Regel(ober-)schule für alle Kinder und Jugendliche werden. Wir Grüne werden uns daher dafür einsetzen, dass bei der bezirklichen Schulbedarfsplanung und beim Bau neuer Schulen inklusive Gemeinschaftsschulen Vorrang erhalten.

Niemand kommt aufs Abstellgleis – Bildung ohne Ausgrenzung

Die Qualität einer Schule hängt von der individuellen Förderung ihrer Schüler*innen ab. Wir wollen daher, dass alle Schüler*innen, die einmal auf einer Schule aufgenommen wurden, auch zu einem qualifizierten Abschluss geführt werden. Sprachkompetenzen sind der Schlüssel für einen Schulabschluss. Wir haben erreicht, dass die derzeitigen Sprachförderangebote an den Schulen evaluiert und überarbeitet werden. Wir werden uns weiter für eine durchgängige Sprachförderung vom Kindergarten bis zum Abitur einsetzen, damit alle Neuköllner Schüler*innen einen Schulabschluss machen und damit die Grundlage für Ausbildung oder Studium schaffen können.

Volles Programm Neukölln

Vielfalt ist Normalität an Neuköllner Schulen, dennoch kommt es zu Diskriminierung, Benachteiligung und Ausgrenzung. In diesem Jahr wurde in Neukölln auch auf unseren Druck hin mit der „Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen“ (ADAS) die berlinweit erste unabhängige Beschwerdestelle eröffnet. Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung können dort offen angesprochen und müssen nicht mehr tabuisiert werden. Vielfalt an Schulen erfordert die Sensibilität aller Beteiligten. Daher wollen wir, dass Diversity- und interkulturelle Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung von Schulpersonal und Pädagog*innen stärker geschult werden.

Neukölln hat eine hohe Anzahl von Schüler*innen, die das Probejahr am Gymnasium nicht bestehen. Wir lehnen das Probejahr grundsätzlich ab. Es widerspricht unserer Vorstellung einer inklusiven Schule, die allen Schüler*innen gleiche Chancen bietet. Mit dem Probejahr haben Gymnasien kaum noch Anreize, benachteiligte Schüler*innen zu fördern. So wird die Verantwortung für die individuelle Förderung den Integrierten Sekundarschulen überlassen.

Wenn Schüler*innen das Gymnasium verlassen müssen, werden sie in sogenannten Umsteiger*innenklassen an den Sekundarschulen weiter unterrichtet. Auch diese Praxis lehnen wir ab. Schüler*innen sollen in die Regelklassen an den Sekundarschulen integriert werden. Ethnisch getrennte Schulklassen sind für uns völlig inakzeptabel. Wir haben immer wieder auf die Problematik aufmerksam gemacht und so erreicht, dass die Trennung in großen Teilen überwunden werden konnte. Wir werden uns weiter für ein Ende ethnisch getrennter Schulklassen stark machen.

Neukölln ist auch im Bildungsbereich ein Ort der Innovation und Entwicklung. Modellprojekte wie der Campus Rütli oder der Campus Efeuweg wurden entwickelt, um besser auf die sich verändernden Bedürfnisse der Schüler*innen und ihrer Familien einzugehen. Die Idee des ganzheitlichen Lernens durch die Vernetzung aller wichtigen Kooperationspartner*innen von der Kita bis zum Jugendclub sollte mit den Campus-Projekten vorangetrieben werden. Wir halten diesen eingeschlagenen Weg für den richtigen – auch wenn es nach wie vor Probleme gibt. Gerade die schwierige Zusammenarbeit zwischen Schulen und freien Trägern muss weiter verbessert werden. Die Modellprojekte dürfen vor allem keine einsamen Leuchttürme bleiben. Es ist Aufgabe der Politik, mit den Akteur*innen im Bezirk Bildungsverbände zu etablieren, in denen Schulen, freie Träger, das Jobcenter und künftig die Jugendberufsagentur zusammenarbeiten, damit Neuköllns

3. Neukölln für alle

Schüler*innen qualifizierte Schulabschlüsse erzielen können und gute Zukunftschancen haben.

Auch die Kooperation mit den Eltern wollen wir fördern. Eltern müssen sich in der Schule ihrer Kinder willkommen fühlen. Sprachbarrieren müssen durch Sprachmittler*innen, mehrsprachiges Infomaterial und Informationen in leichter Sprache überwunden werden. Damit Eltern auch untereinander kommunizieren können, wollen wir, dass an möglichst vielen Schulen Elterncafés eingerichtet werden, um einen Ort des Austausches zu schaffen.

Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – Teilhabe aller sichern

Armut heißt nicht nur, wenig Geld zum Leben zu haben. Armut bedeutet Ausgrenzung. Das 2011 von Union und FDP eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket sollte Kindern und Jugendlichen eigentlich Teilhabe an Musikunterricht, Sport, Schulausflügen oder einem warmen Mittagessen garantieren. Daraus geworden ist ein Bürokratiemonster ohnegleichen. Wir Grüne hätten das Geld viel lieber direkt Schulen und anderen Institutionen zukommen lassen, um das kostenfreie Angebot für alle zu verbessern. Nun sind wir in der Situation, dass jede kleinste Leistung einzeln beantragt werden muss, mit mehrseitigen Formularen und entsprechenden Bearbeitungszeiten. Leider können wir das grundsätzliche Verfahren auf Bezirksebene nicht ändern. Was bleibt, ist die Umsetzung zu vereinfachen. Dazu wollen wir die Beantragung leichter machen, indem noch mehr Leistungen pauschal abgerechnet werden können. Zum Beispiel wird die Nachhilfe schon heute direkt zwischen der Schule und der Schulverwaltung abgerechnet, nachdem die Berechtigung für die Leistung einmal bescheinigt wurde. Solche Systeme wollen wir ausbauen. Außerdem müssen Menschen bei der Beantragung Unterstützung erhalten.

Einen guten Start ermöglichen – Willkommensklassen stärken

Wenn Kinder nach Neukölln kommen, müssen diese möglichst schnell am Schulunterricht teilnehmen können. Hierfür müssen auch die Eltern unterstützt werden, beispielsweise bei der Anmeldung ihrer Kinder an Schulen, durch Sprachmittler*innen oder durch die Verfügbarkeit mehrsprachiger Formulare. Damit Kinder in der Schule nicht an Sprachbarrieren scheitern, fordern wir, dass in

Volles Programm Neukölln

allen Willkommens- und Vorbereitungsklassen für Kinder, die erst Deutsch lernen müssen, ein qualifizierter Unterricht angeboten wird. Allen Kindern muss eine schnellstmögliche Integration in den Regelbetrieb der Schulen ermöglicht werden, damit sie am Schulalltag teilhaben, neue Freundschaften aufbauen und in das soziale Leben eingebunden werden können. Dafür muss die Qualität der Willkommensklassen erheblich verbessert werden. Wir wollen, dass die Lehrer*innen wenn möglich die Befähigung haben, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten. Es müssen Lehrpläne für einen schnellen Spracherwerb und die Integration in den Schulalltag entwickelt werden, wie es sie in andern europäischen Ländern bereits gibt. Die Kinder sollen in ihrer Bildungsbiografie keine Zeit verlieren, auch nicht Kinder aus Geflüchtetenfamilien, die vielleicht nur zeitweilig in Neukölln untergebracht sind. Wir fordern, dass Schüler*innen der Willkommensklassen Zugang zu allen Schulaktivitäten haben und geflüchtete Kinder ein Anrecht auf den Hortbesuch bekommen. Beides ist derzeit nicht der Fall.

Gute Rahmenbedingungen – Neubau, Sanierung und Ausstattung von Schulen

Die Lernumgebung hat großen Einfluss auf das Lernklima. Doch sieht man sich an Neuköllns Schulen um, stechen Raumknappheit, Gebäudeverfall und katastrophale Zustände von Sanitäreinrichtungen ins Auge. Die Missstände müssen zügig angegangen und der Sanierungsstau beseitigt werden, damit Schüler*innen wieder unter guten Bedingungen lernen können. Hier ist auch der Senat in der Verantwortung, endlich dauerhaft ausreichend Geld für die Sanierung des Schulbestands zur Verfügung zu stellen.

Wir Grüne fordern, dass Neuköllns Schulen sauber werden und nicht an der Schulreinigung gespart wird. Die momentane Praxis der Vergabe zum günstigsten Preis, unabhängig von der Qualität der Dienstleistung und dem Bedarf der Schulen, lehnen wir ab. Es kann zudem nicht angehen, dass Putzdienste an Schulen von Eltern übernommen werden müssen.

Leider war es in der Vergangenheit nötig, externen Wachschutz zu beauftragen, um Schüler*innen vor sogenannten schulfremden Personen zu schützen, die für Konflikte und Gefahren in den Schulen verantwortlich waren. Aus Grüner Perspektive sollte Wachschutz vor Schulen nur das letzte Mittel sein und die Notwendigkeit regelmäßig überprüft werden, gerade auch in Anbetracht der immensen Kosten. Wir setzen in erster Linie auf Gewaltpräventions- und Konfliktlösungsstrategien.

3. Neukölln für alle

Es kann nicht sein, dass geplante Neubauten, wie im Fall der Clay- und der Leonardo-da-Vinci-Schule, immer wieder verzögert werden. Tausende Schüler*innen und Lehrer*innen warten seit Jahren auf ein angemessenes Lernumfeld. Es ist ein Skandal, dass sich die Neubauten erneut deutlich verzögern, weil das Bezirksamt mit der Steuerung von Bauprojekten in dieser Größenordnung offensichtlich völlig überfordert ist. Es muss sichergestellt werden, dass die Zeitpläne nun eingehalten werden – denn Generationen von Schüler*innen in Rudow und Buckow haben lange genug gewartet.

3.2. Grüner Wirtschaften und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt schaffen – solidarisch und kreativ

Die Stärken stärken – Wirtschaftsförderung fokussieren

Eine gelungene Wirtschaftsförderung hat eine nachhaltige Standortstärkung und seine Profilierung zum Ziel. Um den Standort Neukölln zielgerichtet stärken zu können, wollen wir einen jährlichen Wirtschaftsbericht vorlegen, wie es ihn etwa in Marzahn-Hellersdorf gibt.

Bei der Unterstützung und Förderung von Unternehmen wollen wir uns vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren sowie auf Unternehmen, die umwelt- und sozialverträglich wirtschaften – denn vor allem diese Unternehmen tragen zu einer Steigerung des Gemeinwohls in Neukölln bei.

In Neukölln werden kontinuierlich neue, innovative Geschäftsideen entwickelt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Gründungswilligen damit auch erfolgreich sind, denn oft fehlt es an Hilfen durch den Verwaltungsdschungel.

Wir wollen deshalb Beratungsangebote schaffen, die auf die Bedürfnisse der – nicht selten migrantischen – Gründer*innen zugeschnitten sind, aber auch Angebote für bestehende Unternehmen anbieten. Die migrantische Ökonomie fördert die wirtschaftliche Selbstständigkeit, schafft Arbeitsplätze und trägt zur Stabilisierung von Quartieren und deren Standortprofilierung bei. Bei der Förderung dieses Sektors müssen die lokalen Angebote in die einzelnen Quartiers-

Volles Programm Neukölln

managementgebiete integriert und insbesondere gemeinsam beworben werden. Außerdem wollen wir mit den lokalen Wirtschaftsnetzwerken und -vereinen zusammenarbeiten.

Auch für die solidarische Ökonomie wollen wir zugeschnittene Beratungsangebote schaffen und uns dafür einsetzen, dass Gründer*innen aus diesem Sektor einen gleichberechtigten Zugang zu Fördermaßnahmen erhalten. Die solidarische Ökonomie steht für eine andere Form des Wirtschaftens, die das Gemeinwesen und nicht den Profit in den Vordergrund stellt. Sie schafft langfristige und faire Arbeitsverhältnisse und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe. Um die Sichtbarkeit der Sektoren migrantischer und solidarischer Ökonomie zu erhöhen, könnte ein auf sie ausgerichteter Wirtschaftspreis ausgelobt werden.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der lokalen Ökonomie in Neukölln ist die Kultur- und Kreativwirtschaft. Für diesen wachsenden Sektor, der sich durch große Vielfalt, aber auch Kleinteiligkeit auszeichnet, wollen wir bereits existierende Angebote ausbauen und festigen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft schafft Arbeitsplätze und trägt zur Stabilisierung von Quartieren und zur Standortprofilierung bei.

Auf Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass europäische Fördergelder besser abgerufen werden, um damit die Wirtschaftsförderung in Neukölln weiter auszubauen.

Individuelle Unterstützung – ein Jobcenter mit offenen Türen und echtem Rat

Die Förderung von Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, hat für uns einen besonderen Stellenwert. Uns erreichen viele Hilferufe von Menschen, die sich ans Jobcenter gewandt haben, aber statt auf unbürokratische Unterstützung auf große Probleme stoßen. Immer wieder werden Anträge nur sehr langsam bearbeitet oder gleich ganz abgelehnt, weil Unterlagen fehlen. Dabei ist in vielen Fällen erwiesen, dass die Unterlagen eingereicht wurden, aber nie bei den Sachbearbeiter*innen ankamen. Häufig verstehen Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, die Anforderungen oder die Auflagen des Jobcenters nicht. Das kann erneut dazu führen, dass Leistungen gekürzt werden. Wir wollen diese Situation ändern.

Erste Schritte auf dem Weg sind dank unseres Grünen Sozialstadtrats schon ge-

3. Neukölln für alle

schafft. Die Personalausstattung des Jobcenters Neukölln hat sich in den letzten zwei Jahren sehr verbessert. Der Anteil befristeter Arbeitsverträge ist heute der niedrigste in ganz Berlin. Darüber hinaus öffnet sich das Jobcenter langsam für die Zusammenarbeit mit Beratungsträgern. Angebote der Schuldner*innenberatung und der psychosozialen Beratung arbeitssuchender Menschen wurden ausgebaut.

Trotzdem bleibt viel zu tun: Wir wollen eine Ombudsstelle einrichten – eine Anlaufstelle für alle, die Probleme mit dem Jobcenter haben. Diese Ombudsstelle soll unabhängig vom Jobcenter organisiert sein, den Menschen ihre Rechte erläutern, bei der Zusammenstellung der Unterlagen helfen und in Notsituationen weitere Schritte einleiten, um Armut oder Obdachlosigkeit zu verhindern.

Außerdem brauchen wir dringend eine verstärkte interkulturelle Öffnung der Jobcenter. Wir wollen die Dolmetschdienste beim Jobcenter ausbauen und die Zusammenarbeit mit interkulturellen Initiativen und Projekten vorantreiben.

Immer wieder eine neue Chance – eine aktive Beschäftigungspolitik für Neukölln

Auf Initiative unseres Grünen Sozialstadtrats gibt es mittlerweile wieder Gespräche zwischen Jobcenter und Bezirksamt, um in Neukölln eine aktive Beschäftigungspolitik zu etablieren, insbesondere für Langzeitarbeitslose und Menschen mit Förderungsbedarf.

Der Sozialstadtrat unterstützt zum Beispiel die Beteiligung des Jobcenters an Sonderprogrammen des Bundes zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. So wurden in den Jahren 2012 bis 2014 über 1.500 Arbeitsverhältnisse über das Programm „Bürgerarbeit“ in Neukölln geschaffen. Das ist ein Vielfaches der Fördermaßnahmen in anderen Bezirken oder Kommunen.

Für dieses Jahr hat das Jobcenter 500 Plätze im Sonderprogramm „Soziale Teilhabe“ beantragt. Auch das richtet sich an langzeitarbeitslose Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, wie zum Beispiel gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Bedarf an Kinderbetreuung. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Langfristig braucht es gesetzliche Änderungen auf der Bundesebene, um einen sozialen Arbeitsmarkt einzurichten. Auch die Mittelverwendung durch die Jobcenter muss grundlegend umgestaltet werden. Im Moment gibt das Neuköllner

Volles Programm Neukölln

Jobcenter 75 Prozent der Mittel für die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt aus. Wir bräuchten deutlich mehr Mittel zur Unterstützung für Maßnahmen, die auf den zweiten Arbeitsmarkt zielen.

Mit einer guten Ausbildung ins Leben – Jugendberufsagentur und Ausbildungsverbünde

Die hohen Arbeitslosenzahlen in Neukölln hängen auch mit einem Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen zusammen. Um diesem Mangel zu begegnen, wollen wir Ausbildungsverbünde unterstützen. In diesen schließen sich mehrere (kleine) Betriebe zur wechselseitigen Nutzung von Ausbildungskompetenzen zusammen. Insbesondere für die vielen migrantischen Betriebe wollen wir ein Beratungsangebot schaffen und sie darin bestärken auszubilden.

Damit alle Jugendlichen nach der Schule ihren Weg in eine gute berufliche Zukunft finden, sind Jugendberufsagenturen wichtig. Dort sollen die Angebote für Beratung, Betreuung und Förderung gebündelt werden, damit die Jugendlichen eine zentrale Ansprechstelle haben. Jobcenter, Arbeitsagentur, Jugendamt, Sozialamt und Schulen müssen Hand in Hand arbeiten, um jungen Menschen den besten Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Allerdings ist immer noch nicht gesichert, dass dies auch für alle Jugendlichen gilt. Bisher werden gerade diejenigen ausgeschlossen, die Hilfe und Unterstützung am nötigsten bräuchten, nämlich diejenigen, die nicht innerhalb von zwei Jahren auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln sind. Hier fordern wir ein Konzept, das spezifisch auf die Bedarfe von benachteiligten Neuköllner Jugendlichen eingeht. Neukölln wird unter den letzten Bezirken sein, in denen eine Jugendberufsagentur eröffnet – das Thema hatte hier leider lange keine Priorität.

3.3. Frauen, Senior*innen und queeres Leben stärken – Schutzräume sichern und Freiräume schaffen

Frauen an die Macht – Frauen den Weg in Führungspositionen ebnen

Von einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind wir leider noch weit entfernt, auch in Neukölln. Arbeit und Macht sind noch immer extrem ungleich verteilt. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist weiterhin Wunschdenken. Frauen verdienen weniger, arbeiten wesentlich häufiger als Männer in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind eher von Arbeitslosigkeit und Altersarmut bedroht. In Wirtschaft und Politik ist der Frauenanteil in entscheidenden Positionen noch immer beschämend gering.

Zwar haben wir nun eine Bürgermeisterin, aber davon abgesehen sind Frauen auf den höheren Führungsebenen in den Bezirksverwaltungen Neuköllns noch immer stark unterrepräsentiert. Damit Frauen gleiche Aufstiegschancen und -möglichkeiten haben, müssen die Verwaltungen daher eine aktivere Frauenförderung betreiben. Entsprechende Frauenförderpläne sind zu erstellen, fortzuschreiben, regelmäßig anzupassen und umzusetzen. Darüber hinaus muss es ermöglicht werden, auch in den Führungsebenen in Teilzeitarbeitsmodellen angestellt zu werden und zu arbeiten.

Gelder gerecht verteilen – Gender Mainstreaming und Gender Budgeting umsetzen

Um die Arbeit des Bezirksamts in jeder Hinsicht geschlechtergerecht zu gestalten und Mittel geschlechtergerecht auszugeben, müssen die Bezirksverwaltungen die Instrumente Gender Mainstreaming und Gender Budgeting endlich konsequent anwenden. Gender Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen der verschiedenen Geschlechter bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen, um ihre Gleichstellung zu erreichen.

Gender Budgeting ist Teil des Gender Mainstreaming. Es zielt darauf ab, Geschlechtergerechtigkeit auch durch eine veränderte Haushaltsführung herzustellen.

Volles Programm Neukölln

len. Zum Beispiel profitieren immer noch größtenteils Jungen von der Sport- und Wettkampfförderung. Der Bezirk muss sich darum kümmern, die Frauenförderung bei der bestehenden Sport- und Wettkampfförderung zu verbessern und von Mädchen bevorzugte Sportarten stärker zu fördern. Um die dafür notwendige Gender-Kompetenz in den Verwaltungen herzustellen, sollen alle Bezirksämter dazu verpflichtet werden, regelmäßig Gelder für Weiterbildungen in diesem Bereich abzurufen und die Mitarbeiter*innen an diesen teilnehmen zu lassen.

Frauenräume ausbauen – Initiativen und Einrichtungen von und für Frauen stärken

Wir möchten in einer offenen Gesellschaft leben, die allen Menschen Chancengleichheit und echte Wahlfreiheit ermöglicht. In Neukölln soll jede Frau so leben können, wie sie möchte, ohne durch tradierte Geschlechterrollen und eindimensionale Frauenbilder in ihrer Entfaltung eingeschränkt zu sein. Die Vielfalt von gelebter Weiblichkeit soll auch in der Arbeit des Bezirks berücksichtigt und gefördert werden.

Aktueller denn je ist auch der Kampf gegen Gewalt an Frauen. In der Bundesrepublik erlebt jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Die Hilfe- und Beratungseinrichtungen müssen daher ausreichend finanziert werden, um ihre Arbeit sicherzustellen und sie in die Lage zu versetzen, ihr Angebot an neue Herausforderungen anzupassen, wie zum Beispiel derzeit die extreme Zunahme von sexistischen Beleidigungen und Bedrohungen im Internet.

Wir wollen die Infrastruktur für Frauen im Bezirk, Anlaufstellen, Selbsthilforganisationen, Treffpunkte oder Jugendzentren, in denen Mädchen Unterstützung bekommen, erhalten und ausbauen. Gerade für Frauen und Mädchen aus weniger privilegierten Schichten ist dies die Grundlage, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können.

Queeres Leben in Neukölln – neue Entfaltungsmöglichkeiten schaffen

Die Vielfalt an queeren Szenen und Communities in Neukölln wächst. Darüber freuen wir uns! Gleichzeitig finden wir: Neukölln muss seine gelebte Weltoffenheit gegenüber der Queerszene noch besser zum Ausdruck bringen. Denn noch immer richten sich Ausgrenzung, Diskriminierung und sogar Gewalt gegen Lesben, Schwule, Trans*,bi- und intergeschlechtliche Menschen – leider auch bei uns im Bezirk.

Außerdem möchten wir, dass Sprache und Handeln auch im Amtsgebrauch diskriminierungsfrei werden. In Formularen des Bezirksamtes soll die zwingende Angabe zum Geschlecht entfallen. Eine Alternative wäre, „anderes“ als Option zu ergänzen, wie es der deutsche Ethikrat vorgeschlagen hat. Den genauen Weg wollen wir prüfen. 2013 wurde im Personenstandsgesetz die Verpflichtung zur Angabe von weiblich oder männlich abgeschafft. Dem wollen wir in Neukölln nicht nachstehen. Außerdem wollen wir die sprachliche Diskriminierung von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen bekämpfen, indem bei öffentlicher Kommunikation mit Bürger*innen geschlechtergerechte Sprache zum Standard wird. Geschlechtergerechte Sprache hat zum Ziel, Sprache so zu gestalten, dass alle möglichen Geschlechter Berücksichtigung finden und ihre Gleichstellung sprachlich ausgedrückt wird. Die Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes sollen durch Schulungen für das Thema sensibilisiert werden.

Um ein selbstbestimmtes Leben mit echter Wahlfreiheit jenseits von Homo- und Transphobie zu ermöglichen, möchten wir die Akzeptanz von verschiedenen Geschlechter- und Familienbildern in unserem Bezirk fördern. In Neuköllns Schulen soll daher vermittelt werden, dass bei uns viele verschiedene, gleichwertige Familienbilder gelebt werden. Wir wollen, dass dazu mindestens alle im Rahmenlehrplan vorgesehenen Ansatzpunkte, auch durch den Einsatz externer Referent*innen, konsequent umgesetzt werden. Die bezirkliche Anlaufstelle darf nicht zum Feigenblatt einer lustlosen Umsetzung von BVV-Beschlüssen verkommen.

Volles Programm Neukölln

Mehr Teilhabe für Senior*innen – Unterstützung und neue Zugänge zur Gesellschaft schaffen

Die Zahl älterer Menschen in Neukölln nimmt stetig zu und sie haben ganz eigene Bedürfnisse. Wir wollen diese Bedürfnisse stärker in den Fokus der Bezirkspolitik rücken. Dazu fordern wir die Einrichtung einer abteilungsübergreifenden Organisationseinheit „Altenhilfeplanung“ im Bezirksamt Neukölln. In dieser sollen die Bedürfnisse älterer Menschen im Bezirk untersucht werden, um daraus bedarfsgerechte Maßnahmen abzuleiten.

Gute Politik für Senior*innen heißt für uns, dass wir in ganz unterschiedlichen Politikfeldern aktiv werden müssen. Es geht um altersgerechtes Wohnen, um Angebote der Volkshochschulen für ältere Menschen, die Förderung von generationenübergreifenden Treffpunkten, Sport-, Freizeit- und Gesundheitsangeboten oder die Beratung älterer Menschen, die von Armut oder Alterseinsamkeit bedroht sind.

Für die Neuköllner Senioren*innenberatung in der Werbellinstraße haben wir erreicht, dass sie mit mehr Personal ausgestattet wurde. Das kann aber nur der Anfang sein. Wir brauchen dezentrale Anlaufstellen für ältere Menschen in allen Teilen Neuköllns.

Durch die Kooperation der Abteilung Soziales mit der Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ sowie mit Fördergeldern der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kann im Reuterkiez eine neue Begegnungs- und Beratungsstätte eingerichtet werden. Auch in Rudow ist es ein Verdienst unseres Sozialstadtrates, dass es weiterhin eine Senior*innenfreizeitstätte geben wird. Da die bisherige geschlossen werden muss, entsteht auf einem nahegelegenen Grundstück eine neue, modernere Einrichtung.

Wichtig ist auch, dass sich die Politik stärker der ersten Generation von Einwanderer*innen zuwendet. Diese Menschen, die vor Jahrzehnten nach Deutschland eingewandert sind und hier hart gearbeitet haben, sind oftmals aufgrund geringer Renten und gesundheitlicher Probleme besonders von Altersarmut und Vereinsamung betroffen. Ihr Zugang zum Gesundheitssystem und zu Pflegeangeboten ist durch Sprachprobleme oder kulturelle Gegebenheiten erschwert. Diesen Zugang müssen wir durch kultur- und sprachensible Beratung und Betreuung ermöglichen. Erste Schritte in die richtige Richtung wurden bereits gemacht. Jetzt muss das Angebot ausgebaut werden.

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE BVV



1 Gabriele Vonnekold

Referentin im Abgeordnetenhaus

Bernd Szczepanski 2

Verlagskaufmann



3 Samira Tanana

Sozialpädagogische Fachkraft

Jochen Biedermann 4

Selbstständiger



5 Ursula Künning

Diplom-Sozialpädagogin

Christian Hoffmann 6

Bodenkundler, Umweltingenieur



7 Sofie Krotter

Area Managerin einer Modemarke

Unsere Kandidat*innen für die BVV



8 Bertil Wewer

Diplom-Betriebswirt



Karin Nadrowski 9

Biologin im Zweitstudium Medizin



10 Ali Onur Firat

Grundschullehrer



Annette Heppel 11

Politikwissenschaftlerin



12 Wolfgang Ewert

Lehrer für Politik, Deutsch und Ethik



Milena Oschmann 13

Expertin Umweltkommunikation



14 Christoph Kopp

Augenoptiker



Rhea Niggemann 15

Politikwissenschaftlerin

Volles Programm Neukölln

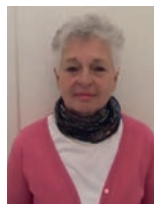


16 André Schulze

Diplom-Mathematiker

Christa Emde 17

Buchhändlerin



18 Jan Stiermann

Diplom-Soziologe / Versicherungsangestellter

Sibylle Steffan 19

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
im Bundestag



20 Johan Arne Thies

Psychologe

Meike Berg 21

Lehrerin



22 Andreas Audretsch

Politikwissenschaftler

Carola Scheibe-Köster 23

Fraktions- und Kreisgeschäftsführerin



Unsere Kandidat*innen für die BVV



24 Stephan Clemens

Diplom-Geoökologe



Francisca Fackeldey 25

Soziologin und Mediatorin



26 Georg P. Kössler

Wissenschaftlicher Referent im Bundestag
und Klima-Aktivist



Christine Spannagel 27

Politikwissenschaftlerin



28 Peter Klopp

Softwareentwickler und Physiker



Malika Meyer 29 Schwickerath

Rechtsanwältin im Umweltrecht



30 Georg Bonsiepe

Politikwissenschaftler

GRUENE-NEUKOELLN.DE